

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgespaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. April 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Der Verantwortliche der Monarchie.

(Fünf Jahre. VI.)

Man könnte billig darüber Zweifel hegen, ob in einer gedrängten Darstellung der letzten fünf Jahre auch die Thatfache Raum für sich beanspruchen dürfe, daß während ihres Verlaufes der dritte Reichskanzler durch einen vierten abgelöst worden ist. In den letzten dreihalb Jahren ist kein einziges nennenswertes Ereignis eingetreten, das Spuren einer neuen persönlichen Einwirkung trüge, und nichts Berechtigtes zu der Annahme, daß sich die deutsche Politik nach innen wie nach außen auch nur um Haaresbreite anders gestaltet hätte, wenn ihr verantwortlicher Stützträger nicht Bälou, sondern noch immer Hohenzollern hieße. Gleichwohl hatte sich der bergreife Fürst Chlodwig um die deutsche Politik ein immerhin beträchtliches Verdienst erworben. In einer Zeit der aufs höchste gesteigerten Redelust verstand er das Schweigen, und immer, wenn er schwie, ist er ein Philosoph geblieben. Es war freilich ein altes Mißverhältnis, daß, wo alles redete, gerade der schweigende, der zum Reden am meisten berufen war, daß, wo alles schob und drängte, der angeblühte Kanzler deutscher Reichsgeschichte unbeweglich wie Buddha auf der Lotusblume saß. Aber besser ist es keineswegs dadurch geworden, daß an Stelle dieser schweigen und stummen Versunkenheit eine rednerische Beweglichkeit trat, deren ganze Kunst darin besteht, ihre Gedankenlosigkeit zu verbergen.

Einer aus dem großen Heer der mittelmäßigen Diplomaten, ausgerüstet mit der ganzen Gelehrtheit seines Jahrhunderts, seine geistigen Kräfte aber nur notdürftig mit einem Lappchen angelesener literarischer Bildung bedeckend, hat der bisherige Staatssekretär des auswärtigen Amtes seine neue Stellung angetreten. Die konstitutionelle Legende mühte ihm nun alles, was seit jenem 17. Oktober 1900 in Gutem oder Bösem geschehen ist, als eignes Verdienst oder persönliche Schuld anzurechnen. Wir sind weit davon entfernt, daselbe zu thun. Zweifellos gehört auch der verantwortliche deutsche Reichskanzler zu jenen Personen, die mitunter auf die Entschiedenheiten der wirklich maßgebenden Persönlichkeit einigen Einfluß nehmen dürfen. Wie weit es aber dem Hisinger Bälou gelang, andrer Hoffnungen den Rang streitig zu machen, das wird erst in einer künftigen Geschichte der preussischen Hofkavale zu lesen sein, wofür es in späteren Zeiten noch jemand der Mühe wert halten wird, eine solche zu schreiben.

Als Kanzler ist dem Grafen Bälou offensichtlich die Aufgabe zugefallen, die Thaten anderer mit munteren Reden zu begleiten und die Romantik des Hidsackfures mit weiteren Redeschmuckeln feilkonkretionistisch zu verschönern. Das sichtlich Vergnügen und die Selbstgefälligkeit, mit der er sich in diese eigentlich keineswegs beneidenswerte Rolle gefügt hat, giebt den besten Maßstab an zur Wertung seiner eignen Persönlichkeit.

Indes haben schon die kleinsten Feldherrn die größten Schlachten verloren, und in diesem Sinne hat auch Graf Bälou Geschichte gemacht. Wenn sein Name anders noch wie in Hidsackfuren und auf Heringsdosen unsterblich wird, dann wird er es durch die parlamentarische Redeschlacht vom 22. und 23. Januar dieses Jahres werden. Von vier Kanzlern war Graf Bälou der erste, der fast ohne Versuch einer Gegenwehr die Flagge des Royalismus von einem Vertreter der roten Republik niederholen ließ. Von ihm datiert das immerhin denkwürdige Ereignis her, daß das Prinzip der Monarchie von dem Verursacher, ihrem bestellten Vertreter, aufgegeben und in schöngestigen Redesozietäten ertränkt worden ist.

Die Monarchie kann nur zweierlei sein. Entweder sie ist eine von Gott gewollte Einrichtung, und der Monarch selbst ist von Gottes Gnaden zu seinem Amte bestimmt. Dann steht und fällt sie mit dem Glauben an den menschennähnlichen Rationalgott, der aus Hohenhöhen in die Geschichte der Menschen eingreift und ein bestimmtes Volk, in diesem Falle das deutsche, mit seiner besonderen Gnadensfülle überströmt. Oder aber die Monarchie ist eine praktische, staatsrechtliche Einrichtung, die nur deshalb beibehalten wird, weil sie eben da ist und weil sie den Interessen herrschender Klassen am kräftigsten förderlich ist.

In keinem Fall aber kann der Monarchismus, ohne in purem Aukstium zu verfallen, die Berechtigung der monarchischen Staatsform abschätzen wollen je nach den persönlichen geistigen und Charakteranlagen des jeweilig regierenden Monarchen. Ist der Monarch von Gottes Gnaden, dann heißt es ihn herabzuwürdigen, wenn man ihn als Mensch mit Menschen vergleicht, dann ist er von vornherein notwendig aller Vollkommenheiten Ausgeburt. Ist sein Dasein und seine Stellung aber nur ein Notbehelf der praktischen Politik, dann darf man die Sache erst recht nicht mit der Person verwechseln. Die Person des Kronenträgers verschwindet dann hinter der Krone selbst, sie ist bedeutend nicht durch ihren eignen Wert, sondern als Vertreter eines Prinzips.

Der jetzige deutsche Kaiser ist bekanntlich weit davon entfernt, sich und das Prinzip, das er vertritt, als einen vorübergehenden Notbehelf der geschichtlichen Entwicklung anzusehen. Er ist davon überzeugt, und hat es in zahlreichen Reden ausgesprochen, daß er von Gottes Gnaden ist, er ist ferner davon überzeugt, daß sich Gottvater die Geschichte des deutschen Volkes besonders angelegen sein läßt, und daß seinen gewaltigen umfassenden Mächten auf seine „Unterthanen“ (er liebt diesen staatsrechtlich verasteten Ausdruck) nichts gegenübersteht als die Pflicht des Gehorsams.

Verantwortlich sein heißt nun nicht verteidigen, nicht beschönigen, nicht drum herum und drüber hinwegreden, sondern fremde Thaten und Anschauungen so behandeln, als ob sie die eignen wären. Wenn

Graf Bälou wirklich der verantwortliche Kanzler einer verfassungsmäßig beschränkten Monarchie sein will, dann muß er die Reden und Telegramme seines Herrn so nehmen, als wenn sie von ihm selbst gehalten und verfaßt wären. Dann muß er nicht ihre formale verfassungsmäßige Berechtigung nachzuweisen versuchen, nicht bloß für ihre Form Entschuldigungsgründe vorbringen, sondern ihre Form und ihren Inhalt als eine eigne Sache vertreten.

Was aber hat Graf Bälou getan? Er hat die Kundgebungen des Kaisers formalrechtlich verteidigt mit dem angeblichen Rechte jedes Preussen, seine Meinung frei zu äußern. Er hat in einem Tone, der jedem echten Royalisten durch Mark und Bein gehen mußte, erklärt, der Kaiser sei eben „kein Philister“ sondern eine „ausgeprägte Individualität“, er sei eine „impulsive Natur“, und dadurch werde dem verantwortlichen Minister seine Aufgabe erschwert. Aber das „stark accentuierte Monarchentum“ habe auch seine guten Seiten. Der Kaiser sei gut veranlagt und hätte den besten Willen.

Die Rede Webers, die geradezu zerschmetternd wirkte, obwohl das Wort „zerschmettern“ nicht ein einziges Mal darin vorkam, brachte den zweifelhaft gewordenen Monarchisten um den letzten Rest der Besinnung. „Was führen Sie denn selbst für eine Sprache?“ rief er unseren Genossen im Tone einer Kapuzinerpredigt zu. Mag sein, daß er das rasche Wort später bereut hat. Aber es war heraus. Der Kanzler hatte im Tone der höchsten Mißbilligung von der Ausdrucksweise der socialdemokratischen Reden und Zeitungen gesprochen, diese aber gleichzeitig mit der Ausdrucksweise des deutschen Kaisers von Gottes Gnaden in Parallele gebracht. Und um die Sache noch deutlicher zu machen, fügte er hinzu, daß sich ein „von seinem Recht durchdrungener Monarch“ gegen die Bestrebungen der Umsturzpartei immer mit Entschiedenheit und, wenn es seiner Natur entspricht, „hier und da auch mit Schroffheit“ zur Wehr setzen werde.

Ganz abgesehen davon, daß diese Beweiskombi nicht ist — kein socialdemokratisches Blatt und kein socialdemokratischer Redner hätte den deutschen Kaiser durch „schroffe“ Angriffe auf seine Person zur „schroffen“ Abwehr genötigt —, geht sie von Voraussetzungen aus, die auf den Grundgedanken des Monarchismus wie eine ätzende Säure wirken.

Indem der Kanzler nicht seine eigne Person voranschob, sondern die des Kaisers in den Mittelpunkt der Debatte besetzte und von dieser Person mit sehr reichlichem Lobe, aber auch nicht ohne den leisen Schatten des Tadelns sprach, hat er selbst die Unverantwortlichkeit des Monarchen verlegt. Von allen siebenundfünfzig Millionen Deutschen ist Graf Bälou am wenigsten dazu berufen, den Kaiser öffentlich zu belobigen, weil er von allen auch am wenigsten dazu berufen ist, ihn öffentlich zu tadeln. Es ist widersinnig und geschmacklos, über eine Persönlichkeit zu urteilen, zu der man sich in jenem Gnaden-Abhängigkeitsverhältnis befindet, wie Graf Bälou zum deutschen Kaiser. Daß trotzdem dieses Urteil nicht lauterer Honig war, sondern auch eine gewisse „Schroffheit“ in der Natur des Herrn zugab, eine Eigenschaft also, die nicht in aller Menschen Augen ein Vorzug ist, besiegelt die Niederlage des monarchischen Lebens. Es ist noch gar nicht so lange her, daß ein Berliner Schriftsteller, der die berühmte China-Rede in gleichem Sinne, nur mit ein wenig andrucksvolleren Worten beurteilte, der Majestätsbeleidigung schuldig erkannt worden ist.

So ist Graf Bälou trotz seiner persönlichen Bedeutungslosigkeit der Urheber eines bedeutenden Ereignisses geworden. Die größte Schlacht, die dem herrschenden System die aufsteigende Weltmacht der Socialdemokratie geliefert hat, ist von ihm glänzend verloren worden.

Er hat nicht den China-Auszug unternommen, nicht den Marinismus wesentlich gefördert, er hat auch nicht den Zolltarif gemacht, den er posthumerweise stolz als sein Werk für sich in Anspruch nimmt. Am Swinemünder Telegramm, an der Eisener und der Breslauer Rede ist er genau so unschuldig wie der türkische Großvezier. Aber indem er in aller Herzensanfals sich selbst von der Politik seines Herrn isolierte und sie als Objekt seines kleinen Feuilletongeistes aus sich heranspiegelte, hat er unversehens die Legende des Gottesgnadentums zugleich mit der Fabel der ministeriellen Verantwortlichkeit über den Haufen geworfen. Von allen seinen bisherigen Thaten ist das die einzige, die bleiben wird.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April.

#### „Harte, harte Soldatenpflicht“

Ueber die gestern schon erwähnte Mordthat des Fährleins zur See Hüssener bringt die „Meynisch-Weisfährische Zeitung“ folgende Darstellung:

Der Marineleutnant Hüssener aus Offen tötete auf offener See im Ostsee den Subartilleristen Hartmann vom Subartillerie-Regiment Nr. 7 in Köln. Eine dem Hüssener nachfolgende Seite berichtet:

Der vom Schiffskommando „Wittich“ hierher beurlaubte Leutnant H. wurde ohne jede Veranlassung von einem Subartilleristen tödlich angegriffen und mußte gewiß den ihm gewordenen strengen Instruktionen von seiner Waffe Gebrauch machen, leider mit tödlichem Ausgange. Der von dem traugigen Vorfall tief ergriffene Fährleins hat, wie von maßgeblichen Persönlichkeiten bekannt wird, lediglich in Erfüllung einer harten Soldatenpflicht gehandelt.

Ganz anders lautet die Darstellung aus den Kreisen, welche dem Getöteten nahe stehen:

Der Subartillerist Hartmann war an dem fraglichen Abend in Begleitung seines Freundes Wittich und des Reserve-Unteroffiziers Schröder, von dem Kornmarkt aus kommend, in die

Lagenstraße und von da in die Brandstraße eingebogen, um das dort gelegene Restaurant Wüllers zu besuchen. Wittich war seinem Freund vorangegangen und lud den draußen noch etwas verweilenden Hartmann ein hereinzukommen. In diesem Augenblick trat der Seeleutnant Hüssener auf Hartmann zu und forderte ihn mit den Worten „Sie sind ja betrunken“ auf, mit ihm zur Polizeiwache zu gehen. Der hinzukommende Wittich redete dem Hartmann zu, dieser Aufforderung seines Vorgesetzten Folge zu geben. Hartmann ging dann auch mit dem Leutnant, von seinem Freunde Wittich begleitet. Nachdem sie einige 20 Schritte zurückgelegt hatten, wandte sich Hartmann um und suchte zu entfliehen. Der Leutnant zog sofort sein dachartiges Seitengewehr, verfolgte Hartmann und brachte ihm eine kräftige Schlagwunde über die Wade bei. Hartmann stürzte einen Augenblick und sofort nach der Wunde den Unglücklichen in die linke Seite des Markens. Der Stoß war mit solcher Heftigkeit geführt, daß der Dolch die Hauptlungenschlagader zerschchnitt und oberhalb des Herzens vorn wieder hervorbrach. Wittich fing den tödlich Betroffenen mit seinen Armen auf; eine Minute später hatte Hartmann den Geist aufgegeben. Um sich vor der Wut der sich ansammelnden Menge zu schützen, forderte der Leutnant den Unteroffizier Schröder auf, ihn festzunehmen und zur Wache zu bringen. Der Leutnant Hüssener befindet sich gegenwärtig im Arrestkeller des Bezirkskommandos I, auf dem Wuppelplatz, in Untersuchungshaft.

Hervorzuheben ist noch, daß Hüssener und Hartmann Schul kameraden waren, beide sich also kannten.

Ferner wird berichtet, daß der Totschläger wiederholt äußerte: „Wenn ich meine Waffe ziehe, will ich Blut sehen, viel Blut.“ Auch auf der Polizeiwache trug er eine sehr selbstbewußte Haltung zur Schau und that auch hier die Ausrufung: Wenn er erst mal seine Waffe ziehe, dann müsse auch Blut fließen; er habe gehandelt, wie ein Offizier zu handeln habe.

Die Untersuchung durch drei Aerzte und die Obduktion der Leiche durch den Kreisphysikus ergaben, daß sowohl der schwere Hieb über den Kopf als auch der tödliche Stich von hinten geführt worden sind und zwar letzterer, während sich Hartmann im Laufen vor Hüssener befand.

In die Familie des Getöteten hat der Schuldige folgenden Brief geschrieben:

„Aus tiefster Erschütterung und Trauer um Ihren Sohn wende ich mich an Sie, verehrte Familie Hartmann, um Ihnen meine innigste Teilnahme an dem Ihnen durch mich entstandenen Verlust zu beweisen. Seien Sie beruhigt, daß ich nicht aus Haß oder Abneigung gegen Ihren Herrn Sohn gehandelt habe; es war meine harte, harte Soldatenpflicht. Ich mußte mir Gehorsam verschaffen, es war meine harte Pflicht, und leider, leider führte das Schicksal den Stich so unglücklich. Ich hatte nicht die Absicht, ein blühendes Leben dem Staate, den Eltern, den Freunden zu entreißen. Können Sie mir verzeihen? Ein Wort der Verzeihung von Ihnen, gnädige Frau, würde mir einen unersehlichen Trost bereiten. Denn warum die Mutter, deren Liebe zu dem Sohne alles überträgt, verzeiht, dann kann niemand, der ein ehrenvolles Herz hat, noch länger großen. Wenn es sein sollte, auch Ihren wohlthätigen Haß entgegennehmend, bin ich ganz ergebenst Ihr mitfühlender Hüssener, Fährleins z. See.“

Es verrät wieder die ganze Oberflächlichkeit der bürgerlichen Presse, wenn sie die Angelegenheit als einen individuellen Ausnahmefall behandelt. Diese That ist auf dem Felde des Militarismus gereift. Die fürchtbare Macht, die einem Vorgesetzten gegeben ist, und wäre dieser Vorgesetzte selbst ein junger, unreifer Vursche, ein brutaler Menschenhinder oder ein pathologisch Entarteter, hat auch dieses Opfer gefordert. Der Soldat ist thatsächlich ganz „korrekt“ zur Strafe gebracht worden, er ist „instruktionsgemäß“ gefallen; der junge Totschläger hat gar nicht unrecht, wenn er von der Ausübung seiner „harten, harten Soldatenpflicht“ schreibt. Der Untergebene suchte sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen — was alleseitig bekundet wird —, damit hatte der Vorgesetzte das Recht, in die Pflicht, zur Waffe zu greifen. Auch das ist gemäß der Vorschrift, daß, wenn einmal die Waffe gefehert wird, sie tüchtig und schneidig gefehert werde. Die Abtugung ist allerdings nicht vorgeschrieben, aber wenn ein Zufall es so will, so trägt niemand Schuld — und es ist ja begreiflich, daß so ein junger Vursche in der Aufregung, die barbarische Instruktion möglichst heldenhaft auszuführen, die Besinnung verliert und blind darauf los sticht. Ein stehender Wreckant ist getötet worden — wie schon oft. Der Hüssener wird durch schnelle Beförderung für sein „Mißgeschick“ entschädigt werden dürfen. —

### Deutsches Reich.

#### Wahlvorbereitungen.

##### Konservativer Geldbeutel.

Einen Blick in die Wahlvorbereitungen der Berliner Konservativen giebt dieses Schriftstück: (Vertraulich.)

Berlin, den 1. April 1903.  
 Bernburgerstr. 30.

Sehr geehrter Herr!

Die konservativ-national gesinnten Kreise der Reichshauptstadt rüsten mit Eifer zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Dies thun sie, um erneut zu zeigen, daß in der Hohenzollernstadt an der Spree nicht nur Juden, Demokraten und Socialdemokraten Anhängererschaft besitzen, sondern daß auch weise Wählerkreise für die monarchische, christliche und vaterländische Idee eintreten. Es läßt einem Vergnügen an unsern guten Sache gleich, wenn wir unsern politischen Feinden kampflustig das Feld räumen wollten.

Trotz der überaus mangelhaften materiellen Unterstützung, welche die nationale Bewegung Berlins von seinen wohl-

\*) Vergl. Nr. 85 des „Vorwärts“.

\*) Wir drucken gesperrt, was im Original unterstrichen ist.



Habender Parteigenossen erzählt, sind dennoch Hunderte über-  
zeugungstüchtige Männer unermüdet bemüht, teils als Vertrauens-  
männer, teils als Führer unserer konservativen Vereine  
oder als Förderer unserer Sache, dieser die alte Treue zu bewahren.  
Diese Tausende konservativer Männer sind in unseren Bürgervereinen,  
deren wie an 30 in Berlin zählen, organisiert; ganz abgesehen davon,  
daß in zahlreichen anderen kirchlichen sowie wirtschaftlichen Vereinen  
ganz eine noch weit größere Zahl waderer Anhänger auf unsere  
Fahne schaut. Haben doch bei den Wahlen im Jahre 1898 gegen  
45 000 Wähler ihre Stimmen im nationalen Sinne abgegeben.  
Seitdem ist unermüdet weiter gearbeitet worden, so daß ein Fort-  
schritt des nationalen Gedankens in Berlin unverkennbar ist, und  
dies ist um so beachtenswerter, als solche Erfolge, wie gesagt, ohne  
nennenswerte Unterstützung von außen her erzielt wurden. Die  
Opferwilligkeit unserer Vereine reicht natürlich weit nicht dazu aus,  
bei den bevorstehenden Wahlen auch nur annähernd diejenigen poli-  
tischen Arbeiten zu leisten, welche erforderlich und gegenüber so wohl-  
gerüsteten Gegnern, wie wir sie besitzen, geboten ist. Gilt es doch  
zudem, jene 140 000 Wahlberechtigten, welche bei der vorigen Wahl  
nicht genötigt haben, aufzutreten und an ihre Wahlpflicht zu er-  
innern. Wir müssen deshalb an alle diejenigen wohlhabenden  
Freunde unserer Sache auch im Lande drängen die ebenso herzliche  
wie dringende Bitte richten, unsere Wahlkassen mit freund-  
lichen, recht namhaften Beiträgen anzufüllen. Jeder Pfennig,  
der für diese Arbeit ausgegeben wird, ist wohlangelegtes  
Kapital, das, wenn auch nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit  
seine Früchte tragen wird. Nimmermehr sollen die Gegner Schaden-  
froh ausrufen dürfen, daß wir im Kampfe für unser heiligstes Gut:  
für Thron, Altar und Vaterland erlahmen wären. Diejenigen aber,  
welche da glauben, daß in Berlin doch nichts mehr zu erreichen sei,  
kennen den wahren Volkscharakter Berlins nicht. Die Social-  
demokratie eilt bereits ihrem Höhepunkte entgegen, und es wird die Zeit kommen, wo der ebenso mächtigen wie  
kritisch veranlagte Berliner auch diese Herrschaften von der roten  
Fahne mit seinem stets bereiteten Spott überziehen wird. Uns ist es  
vorbehalten, diese Zeit vorzubereiten, und wir erachten es deshalb  
für unsere heiligste Pflicht, alle Freunde aufzurufen, uns  
darin beizuhelfen, daß dem zügellosen Treiben einer  
vaterlandslosen, vom Judengeiste verführten, durch  
Judengeist geschützten Demokratie Widerstand bis zum  
letzten Atemzuge geleistet wird. Sammeln Sie nicht! Helfen Sie  
uns nach Kräften und Vermögen! Herzlichen Dank aber im voraus  
allen freundlichen Gebern.

Geldbeiträge für den Wahlfonds bitten wir an den Schatzmeister  
unseres Wahlvereins  
Herrn Bankier F. W. Baumgärtner, Berlin SW. 49  
zu richten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

b. Loebell,	Ulrich,	A. Wegner,
Polizeirat,	Rechtsanwalt,	Schriftsteller.
Stodmann,	Steinweg,	
Ober-Postassistent.	Kaufmann.	
F. W. Baumgärtner,	L. Ohm,	
Bankier.	Höbl. Lehrer.	

Es sind zunächst die bekannnten Wahlmänner der Berliner Kon-  
servativen, die das vertrauliche Beteiligular unterzeichnet haben.  
Der Oberpostassistent Stodmann kandidierte bei der letzten Reichswahl  
im zweiten Kreise mit so viel Glück, daß er selbst noch der Wahl  
bittere Klage über die Wahlsäumigkeit der konservativen Wähler  
führte. Er hat daher das Vergnügen, wiederum durchzufallen,  
diesmal dem Professor Westfahl übertragen, aber — es sei ihm  
gesehen — er sieht eifrig weiter für die konservative Sache und  
gibt sich neuen wunderbaren Hoffnungen hin; daß diese nur nicht  
ebenso enttäuscht werden wie alle früheren!

Der Beteiligular bietet ein interessantes Zeugnis sowohl von der  
trüben Lage der Berliner „Nationalen“ als von der geistigen Un-  
fähigkeit derselben Gesellschaft, durch die freilich jene trübe Lage sich  
hinlänglich erklärt. Die allerdings „kritisch veranlagte“ Bevölkerung  
Berlins würde mit Recht, die Herrschaften von der roten Fahne mit  
stets bereiteten Spott überziehen, wenn sie einmal zu der intellek-  
tuellen Hilflosigkeit der Herrschaften von den „heiligsten Gütern“  
herabstinken sollten. Vorläufig hat der kritische Berliner in stets  
steigender Maße sich gegen das „zügellose Treiben“ der konservativen  
Wahlmänner und Volksredner gelehrt. Vorläufig äußert  
er seinen kritischen Spott gegen die Thoren, die glauben, hinter dem  
Schlagwort von „Thron, Altar und Vaterland“ ihre brutalen Thaten  
und Pläne wider die arbeitenden Klassen verhehlen zu können.  
Vorläufig ist es nicht als Humerei, von einem „unverkenn-  
baren Fortschritt des nationalen Gedankens in Berlin“ zu reden,  
sondern der „nationale Gedanke“ die Politik der konservativen  
bedeutet.

Wie wenig dieses Gerede der Wahrheit entspricht, das zeigt  
gerade der Beteiligular. „Bis zum letzten Atemzuge“ will man  
streiten für die „heiligsten Güter“ gegen „Juden und Social-  
demokratie“. Aber von denselben heroisch bis zum letzten Atemzuge  
Kämpfenden — und dies ist des Cirkulars eigentlicher Inhalt —  
wird zugestanden, daß selbst die Wohlhabenden unter ihnen  
der „nationalen Bewegung Berlins“ nur eine „überaus mangelhafte  
materielle Unterstützung“ zu teil werden lassen. So begeistert ist  
man für „Thron, Altar und Vaterland“! Nun, man weiß, „Thron,  
Altar und Vaterland“ sind Einrichtungen, die den Wohlhabenden  
etwas einbringen sollen, aber kosten das die Sache nichts.  
Wie sehr steden diese Leute doch in widerwärtiger Selbst-  
und Gewinnucht — konservative würden von „Judengeist“ reden —  
daß sie nicht einmal für die „heiligsten Güter“ etwas übrig haben.  
So müssen sich denn die konservativen Wahlmänner an „die  
wohlhabenden Freunde im Lande draußen“ wenden, daß sie  
der Berliner „nationalen Bewegung“ mit „freundlichen, recht nam-  
haften Beiträgen“ beizuhelfen. Daß nur die konservativen „im  
Lande draußen“ ihre Moneten nicht selbst recht dringlich gebrauchen,  
um sich gegen die Socialdemokratie zu schützen!

So bedeutet das Beteiligular ein uns erfreuliches Selbst-  
bekenntnis von der erbärmlichen Idealitätslosigkeit, an der die  
„nationale Bewegung“ in Berlin fault.

Wahr ist im Beteiligular nur die eine Erklärung, daß die  
Socialdemokratie ihrem Höhepunkt entgegenstele. Sie ist in  
aufsteigender Linie ebenso wie die konservative Bewegung in ab-  
steigender Linie. Und wenn die Socialdemokratie die Höhe erreicht  
haben wird, dann wird sie dort ebenso verbleiben, wie die konser-  
vativen in der Tiefe.

Die Loebell und Stodmann werden den Schmerz erleben, daß  
„die Höhenzollernstadt an der Spree“ auch die Haupt- und Residenz-  
stadt der deutschen Socialdemokratie ist!

Die Kandidatenfrage im Großherzogtum Sachsen-Weimar ist nun  
soweit geklärt, daß bis jetzt folgende Kandidaten in Betracht kommen.

Im ersten Wahlkreise, Weimar-Ilfeld: Socialdemo-  
kratie: der bisherige Abgeordnete Baudert; Wismarspartei:  
der Bürgermeister Kandidat Heinrich Ziehn in Niederzimmern.

Im zweiten Wahlkreise, Eisenach-Deimbach: Socialdemo-  
kratie: der Schlosser Hermann Weber in Jena; Frei-  
sinnige Volkspartei: der Rechtsanwalt Dr. Ebner in Frank-  
furt a. M.; Antifemiten: der Schriftsteller G. Koll in Eisenach;  
Nationalliberale: der Oberförster Fries in Marzuhl. Die konser-  
vativen und Bauernbündler überlassen es ihren Getreuen sich für  
den Antifemiten oder Nationalliberalen zu entscheiden. Der bisherige  
Abgeordnete Casselmann (Freisinnige Volkspartei) hat eine Kandidatur  
nicht wieder angenommen.

Im dritten Wahlkreise, Jena-Neustadt, Socialdemokratie: der  
Malermeister E. Leutert in Ilpolda; Nationalliberale: der Schrift-

steller Adolf Damaskus in Weimar; Nationalliberale: der  
Rittergutsbesitzer Lehmann in Waltersdorf.

Die Wähler scheinen sich trotz gegenteiliger Ansicht der Bundes-  
leitung in Berlin mit den Nationalliberalen zu verbinden, da ja  
der Herr Lehmann den Nationalliberalen viel mehr Konfessionen macht,  
wie dies sogar bei seinem Vorgänger Vassermann der Fall gewesen  
ist. Letzterer ist deshalb zum Nachtritt von seiner Kandidatur ge-  
drängt worden, weil er gegen die Justizvorlage gewesen sei,  
während sein Nachfolger Lehmann sich entschieden dafür ins  
Zeug legen werde.

Sächsische Ordnungsländereien. Im 5. sächsischen Kreise,  
Dresden-Altschloß, hat man endlich nach langen vergeblichen  
Mühen einen Kandidaten in der Person eines Geistlichen  
gefunden. Pastor Reichel wird mit Genehmigung  
eines hohen Landes-Konstitutoriums die Fahne des all-  
gemeinen Vortraders in den Kampf gegen die Socialdemokratie  
tragen. Im Wahlkreise Dörfels, in Freiberg, stimmen die  
offiziellen Nationalliberalen ohne Umstände für den Agrarierführer.  
Ihm soll nun noch mit der Firma „unabhängige nationale Liberale“  
der Geh. Ober-Regierungsrat Luisevich aus dem preussischen  
Handelsministerium entgegengestellt werden, der als guter Beamter  
auf der mittleren Zollwanderlinie tanzen muß.

Beuthen (O.-S.). An die Stelle des Genossen Wilhelm Reich,  
der als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Kreuzburg-  
Rosenberg bestimmt war, der aber diese Kandidatur niedergelegt  
hat, ist der Genosse Josef Scholz, Rector in Beuthen O.-S.,  
von der obersten Kommission gewählt worden. Wichtig-  
zustellen ist, daß in Ratibor nicht Bebel, sondern Paul Löbe,  
Redakteur in Breslau, kandidiert.

Führer und Massen. Die bürgerliche Presse hat wieder einmal  
alle Hände voll zu thun, um die Socialdemokraten vor einander zu  
schärfen. Heute muß sie die Massen schärfen vor der Aus-  
beutung durch die Führer, morgen wieder schärfen sie die  
geistige Freiheit der Führer vor der schärfen Faust der Massen.  
Einmal bedauert sie die armen Verblendeten, die sich von ein paar  
unbesonnenen Führern an der Nase herumführen lassen,  
ein andermal grault sie sich vor der geistigen Unfreiheit, in  
die sie die schärfen Führer gemacht haben. Die „konservative Kor-  
respondenz“ von heute abend schreibt:

„Was wird von ihnen verlangt? Sie sollen ihre Zeit den  
socialdemokratischen Führern und Beamten unentgeltlich zur Ver-  
fügung stellen, sollen agitieren und hegen, statt in Ruhe und  
Frieden sich ihren Familien zu widmen.“

Hier gilt es dem Aufrufe an die Frauen zur Teilnahme an  
der Wahlarbeit. In der Angelegenheit der Auseinandersetzungen  
zwischen Bernheim, David, Kautsky & Co. aus unserer geistigen Nummer  
aber schreibt die „Germania“ gleichfalls von heut abend:

„Also: Die Stimmung der Masse“ entscheidet. Die geistigen  
Führer der Socialdemokratie haben nicht das Recht der freien  
Diskussion, sondern sie sollen und müssen sich, wenn die „Masse“  
dies fordert, der „Disciplin“ fügen. Auch ein Beitrag zum social-  
demokratischen Zwangs-Staat!“

Es kann uns also wirklich nicht fehlen. Man ist ebenso besorgt  
um unser geistiges wie um unser materielles Wohl, seien wir  
nun Führer oder Versährte! So gerätet wir von so viel Fürsorge  
auch sind, wir müssen dankend ablehnen. Als Versährte werden  
wir uns von dem Quatsch über die Ausbeutung durch die  
Führer keinen Augenblick in dem Kampfe gegen die Volks-  
ausbeuter beirren lassen, und als Führer fühlen wir  
unsre geistige Freiheit nicht im geringsten beeinträchtigt  
durch die allein erhobene aber ganz selbstverständliche  
Forderung, bei Auseinandersetzungen die Rücksicht zu wahren, die  
das notwendige genossenschaftliche Zusammenarbeiten aller Glieder  
einer in Kampfe um die politische Macht stehende Partei er-  
fordert.

Eine persische Verhängung des Centrums liest die „Germania“  
aus unrer geistigen Nummer über den von den holländischen Gruben-  
verwaltungen im Saarrevier ausgeübten Gewissenszwang.

Vediglich das jämliche Gewissen des Centrumsblattes hat diese  
unfugige Intervention veranlaßt. Denn selbstverständlich ist und  
nicht eingefallen, das Centrum dafür verantwortlich zu machen, wenn  
die preussische Grubenverwaltung socialdemokratisch sich betätigende  
Arbeiter mit Kündigung bedroht. Die „Hochburgen des Centrums“  
erwähnen wir kürzlich nur deshalb, weil aus dem Uebelheraus, daß  
selbst in diesen schwarzen Gegenden die Socialdemokratie sich ausbreitet.

Aber wenn wirklich das Centrum für diesen Gewissenszwang  
verantwortlich wäre, würde die „Germania“ eine solche  
Verantwortung ablehnen? Wozu die Aufregung über einen solchen  
Vorwurf? Ist es doch eine Grundanschauung des Centrums, daß der  
katholische Arbeitgeber keine heiligere Pflicht habe, als die, Social-  
demokraten in seinem Betriebe nicht zu dulden.

Vielleicht legt Herr Dabach wieder 2000 Gulden aus für  
den, der nachweist, daß diese Anschauung wirklich kirchliches Princip  
ist. Wir möchten uns sehr gern die 2000 Gulden verdienen!

Schweineburei in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.  
Das Regierungsorgan fährt fort, die Arbeiterbewegung in einem  
Stille zu behandeln, als ob es nicht mehr durch Hamburger Grano-  
Geld unterhalten, sondern vom Centralverband der Industriellen  
angeliefert worden wäre.

Ueber den holländischen Streik schreibt das Blatt:

„Die Grubener der niederländischen Eisen-  
bahn“ Angeklagten, die sich von gewerkschaftlichen Gegnern so  
leichtfertig zu verhängnisvollen Entschlüssen hatten verleiten  
lassen, gewinnt rasch an Boden.“

Regierungsbeamten scheinen jetzt wieder beim Centralverband  
eifrig zu antizipieren!

Die verhängnisvollen Wahlcouverts. Seit kurzem erscheint in  
Berlin eine neue Korrespondenz, die sich „Preußen-Korrespondenz“  
nennt und von „Volks-Anzeiger“-Geist triest: Sensation, Intimitäten-  
kassch und ein habnebüchernes Offiziösum, das vor keiner Un-  
glaublichkeit juristisch ist.

Während die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ rathlos auf  
unsre dänische Frage schielte, wo er die Bundesregierungen angewiesen  
hat, daß die Wählerlisten noch vor Ostern fertig sein müßten, hatte  
die Korrespondenz eine famose Ausrede erfunden, warum man den  
anfänglich geplanten früheren Wahltermin hinausgeschoben müßte:  
die Wahlcouverts wären nicht fertig geworden.

Nachdem diese Information an die Zeitungen verhandelt  
und honoriert war, kam der Herausgeber der Korrespondenz  
auf den Gedanken, daß der Einfall zu herrlich sei, um  
nur einmal verwandt zu werden. Und da der Mann mit Recht  
voraussetzte, daß inzwischen die erste Information wieder vergessen  
sei, so bemühte er die Wahlcouverts jetzt zu einer zweiten, ebenso  
schönen, wenn auch der früheren Information stracks widerprechenden  
„Information“. Nun tragen sich einmal die kirchlichen Wahl-  
couverts die Schuld, daß der ministerielle Auftrag kam, die Wähler-  
listen noch vor Ostern fertig zu stellen. Man lese und laune:

„Der Vertrag über die Lieferung der Wahlcouverts ist nun-  
mehr abgeschlossen. Der Verband deutscher Reichstagsabge-  
ordneter, der seinen Sitz zu Barmen hat, übernimmt bei  
hohen Konventionalsraten für den Fall verspäteter oder nicht  
bedingungsgemäßer Lieferung Fabrikation und Expedition der  
Couverts, die beide bis zum 4. Juni erledigt sein müssen.  
Alles in allem kosten die 17 Millionen Couverts, die  
Preußen braucht, etwa 70 000 M. Um dem Verbands die Grund-  
lagen zur Vorbereitung der Expedition an die einzelnen Landrats-  
ämter usw. liefern zu können, war die beschleunigte Fertigstellung  
des Gros der Wählerlisten unbedingt erforderlich. Sie hat sich,  
abgesehen von Berlin und Breslau, überall glatt beivenden lassen,  
soweit bisher Berichte vorliegen. In Berlin und in Breslau sind  
insolge des Osterungs-Schwierigkeiten entstanden; beide Städte  
werden ihre Listen bis Anfang Mai in Ordnung haben.“

Das Licht dieser prächtigen Information quillt an hellem  
Eben. Erst wurden die Wahlen vom Mai auf Juni verlegt, dann  
wieder wurde der Termin der Wählerlisten jah verlegt, damit man  
wisse, wie viel Wahlcouverts zu bestellen seien. Siehe da, das rettende  
Wahlcouvert, das Wahlcouvert als Korbhelfer in allen Lagen! Daß jeder  
V.-G.-Schüler der Statistik — und deren wird es doch wenigstens  
einmal oder den andern in den preussischen Ministerien geben — binnen  
drei Minuten aus den Fingern der Bevölkerungsbewegung mit ziem-  
licher Genauigkeit die runde Ziffer der Wahlberechtigten berechnen  
kann und daß es dazu nicht der vorzeitigen und deshalb falschen Auf-  
stellung der Wählerlisten bedarf, scheinen die Redakteure der bürgerlichen  
Blätter, die den Unjam der Korrespondenz abdrucken, nicht zu  
ahnen.

Leider aber erstigt die rettende Ausrede an sich selbst. Es sind  
nämlich nicht nur Preußen, sondern alle Bundesstaaten mit  
der jähren Weisung überrascht worden, daß die Wählerlisten noch vor  
Ostern angefertigt werden müßten, und als dann die kaiserliche  
Ordnung kam, in der die Wahlen auf den 16. Juni ausgeschrieben  
wurden, haben wenigstens einzelne Bundesstaaten die frühere An-  
weisung aufgehoben und die Frist für die Fertigstellung der Wähler-  
listen bis zum 19. Mai verlängert.

Nach dem Nothe-Urteil wäre es nicht erstaunlich, wenn der  
Herausgeber einer Korrespondenz, der seinen Abnehmern derartigen  
Wahlsam als „Information“ verkauft, wegen Betruges bestraft  
würde.

Nach einem Blatt hätte der Magistrat eine Denkschrift für das  
Ministerium des Innern ausgearbeitet und darin erörtert, wie das  
Gericht hätte entscheiden können, daß die Regierung ursprünglich den  
17. Mai als Termin für die Reichstagswahlen in Aussicht ge-  
nommen habe.

Wir sind nicht unterrichtet, ob Magistratus thätiglich in der  
Wahlterminsfrage eine Denkschrift ausgearbeitet hat. In Verhand-  
lungen mit dem Ministerium wird er allerdings haben treten  
müssen, und zwar aus dem richtigen Grunde, weil der Berliner  
Magistrat sich zu recht fertigen hat, warum er den ministeriellen  
Befehl, die Wählerlisten vor Ostern fertig zu stellen, nicht hat aus-  
führen können.

Korn als Sieger. Als der Bischof von Trier der „Erwartung“  
des Grafen Bismarck nachkam und prompt jenen Erfolg „zurückzog“,  
der die Befürchtung der staatlichen Mädchenschule in Trier mit der  
Verweigerung der Kommunikation bedrohte, entzückte sich der noch  
blinde Liberalismus über diesen prächtigen Sieg des Staates über  
die Kirche. Wir vertreten damals die Meinung, daß niemals der  
Staat kühler von der Kirche geiselt worden sei, hatte doch  
der Bischof seine Publikation mit der Begründung aufgehoben, daß  
sie „wegen veränderter Umstände“ — der inzwischen zugelegten  
Veränderung der katholischen Beschwerden — überflüssig ge-  
worden sei.

Ueber den Erfolg des „Sieges“ des Grafen Bismarck berichtet  
jetzt die „Frankfurter Zeitung“. Die staatliche Mädchen-Schule in  
Trier ist reaktiviert worden, und die geistliche Konfessions-Schule  
wird mit erweiterten weltlichen Rechten ausgestattet. Der neue  
katholische Regierungsrath und Schulkath hat deshalb seine Tochter in  
aller Feiertagszeit nicht der staatlichen, sondern der kirch-  
lichen Anstalt anvertraut!

Centrumschwindel. Die „Kärntische Volkszeitung“ und die  
„Germania“ haben wieder einmal recht unlaute Mittel angewandt,  
um die verhasste Socialdemokratie zu verunglimpfen. Kürzlich hatten  
wir uns mit einer Notiz der „Kärnt. Volkszeit.“ beschäftigt, welche  
behauptete, in jener Tischlermeister-Versammlung, welche die Aus-  
sperung der Arbeiter beschloß, hätten socialdemokratische  
Tischlermeister die Aussperung sämtlicher Arbeiter beifürwortet,  
während ihre bürgerlichen Kollegen nur 25 Prozent  
der Arbeiter aussperren wollten. Allen voran habe — so  
behaupete die „Kärnt. Volkszeit.“ — der socialdemokratische  
Reichstagskandidat für Oberwalde den schärfsten Ton  
gegen die Arbeiter angeschlagen. Das Centrumsorgan sprach von  
socialdemokratischen Unternehmern, und die besagte Notiz hatte  
die deutlich erkennbare Tendenz, darzulegen, daß es in unrer  
Partei Leute gäbe, die als Arbeitgeber die schärfsten Unterdrückungs-  
maßregeln gegen Arbeiter beifürworten, aber gleichwohl in der  
socialdemokratischen Partei Vertrauensstellungen bekleiden. — Gegen-  
über diesem lägenhaften Bericht hatten wir neulich festgestellt, daß  
unrer Reichstagskandidat für Oberwalde (Oberbarnim) gar kein  
Tischlermeister ist, und daß auch die „socialdemokratischen Unter-  
nehmer-Despoten“ aus der schwindelhaften Phantasie des Bericht-  
erstatters des Centrumsblattes geboren sein müßten.

Nun kommt die „Germania“ ihrem Schwindelblatte zu Hilfe  
und macht unter reichlichem Aufgebot von Entrüstung über ange-  
blichste Missethäter von Thatsachen durch den „Vorwärts“ den Versuch,  
die geteiltgemeinteten Angaben der „Kärnt. Volkszeitung“ zu erhärten.  
Dabei wendet das fromme Centrumsblatt ein ebenso plummes wie  
unerschöpfliches Kanon an, weil es anders auch nicht den Schein  
einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung retten konnte. Aus den  
socialdemokratischen Tischlermeistern und den socialistischen Reichstags-  
kandidaten werden Leute, die ehemals Vertrauensstellungen in der  
socialdemokratischen Partei bekleidet haben sollen. Auf unrer  
Verlangen nach den Namen der „socialdemokratischen Unternehm-  
er-Despoten“ nennt die „Germania“ diese: Tischlermeister Thierbach,  
ehemaliger socialistischer Reichstagskandidat für Oberwalde,  
Tischlermeister Hödel, ehemaliger Vertrauensmann der Berliner  
Holzarbeiter, Leiter vieler Ausstände und Vorsitzender des social-  
demokratischen Reformvereins, dann der socialdemokratische Tischler-  
meister Reizner und der ehemalige Leiter von socialistischen Arbeiter-  
organisationen Tischlermeister Mitsch.

Siehe, es ist eigentlich schon das ganze Schwindelmander der  
beiden Centrumsblätter abgethan, denn so wenig wie man  
etwa die redneckigen oder schriftstellerischen Auslassungen  
des ehemaligen Jesuitenpaters Grafen Hoensbroeck als Be-  
weismittel der Reden der von der „Germania“ bezeichneten Herren als  
Ausführungen von Socialdemokraten gelten. Herr Thierbach hatte  
schon bei der vorigen Reichstagswahl die Kandidatur in Oberbarnim  
nicht mehr, er gehört seit 1899 der socialdemokratischen Organisation  
nicht mehr an, hält sich also wohl selber nicht mehr für einen  
Socialdemokraten. Von Herrn Hödel wissen Parteigenossen von  
uns, die ihn seit Beginn seines Aufstretens in der Werkerschaft kennen,  
nicht, daß er sich jemals als Socialdemokrat gegeben oder gar für die  
Partei gewirkt hat. Der „socialdemokratische Reformverein“, den Herr  
Hödel vorstehen soll, ist ein Tischlermeister-Verein, der im Gegen-  
satz zu den jetzigen Leitern der Janung gewisse Reformen inner-  
halb der Verwaltung der Janung durchsetzen will, der  
aber mit der Socialdemokratie nichts zu thun hat. Im Holzarbeiter-  
Verbande hat Herr Hödel vor langen Jahren sich gelegentlich eines  
Streiks allerdings bemerkbar gemacht. Er ist bald darauf Arbeit-  
geber geworden und hat seitdem auch in der Werkerschaft nichts  
mehr zu thun. Und nun gar Herr Mitsch! Der Mann gehört dem  
Vorstande der Tischler-Janung an. Wam und wo er  
ehemals socialistische Arbeiterorganisationen geleitet haben mag,  
ist ein Geheimnis der „Germania“. Wir konnten darüber nichts  
erfahren. Herr Reizner, der auch niemand als Socialdemokraten  
kennt, hat wie uns ein Besucher jener Versammlung mitteilt — wir  
hatten daselbst keinen Vertreter — überhaupt nicht geredet.

Was die bezeichneten Herren in der Versammlung gesagt haben,  
soll, wie uns versichert wird, wesentlich anders gelautet haben, als  
es die Centrumsblätter dargelegt haben. Doch das ist nebensächlich.  
Was die Herren auch gesagt haben mögen, gegen uns kann es ein  
anständiger Mensch nicht ausbringen. Es bleibt also dabei,  
„Germania“ und „Kärntische Volkszeit.“ haben wieder einmal zur  
höheren Ehre des Centrums die Socialdemokratie schäbig be-  
leundet.

Sacharingschen und Arbeiterentschädigung.  
Nach dem „Sächsischen“ vom 7. Juli 1902, das jetzt am  
1. April in Kraft getreten ist, erhalten die Unternehmer eine Ent-  
schädigung für das Verbot der Produktion. Die Bedingung für Ge-



Wahrung der Entschädigung ist, daß der Unternehmer die Stoffproduktion schon vor dem 1. Januar 1901 betreiben und auch in der Zeit vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 fortgesetzt hat. Dann erhält er einen sechsmonatigen Jahresgewinn als Entschädigung für das Verbot der Fabrikation. Der Unternehmer ist verpflichtet, davon die Arbeiter und Beamten zu entschädigen, die „infolge des Verbots aus ihrer Beschäftigung entlassen werden.“ Die Arbeiter sollen entschädigt werden mit einer Summe, die dem in den letzten drei Monaten vor Inkrafttreten des Gesetzes bezogenen durchschnittlichen Verdienste entspricht, die Beamten mit einer Summe, die dem in den letzten sechs Monaten vor Inkrafttreten des Gesetzes bezogenen Gehalt entspricht.

Die Prüfung des Wortlauts ergibt schon, wie ungenügend die Vorschriften über die Entschädigung der Arbeiter und Beamten sind. Die Entschädigung soll berechnet werden nach dem Verdienst, der in den letzten drei oder sechs Monaten vor Inkrafttreten des Gesetzes, also vor dem 1. April 1903 bezogen wurde. Wie aber, wenn Arbeiter oder Beamte schon vor dieser Zeit entlassen worden sind? Sollen sie dann überhaupt einen Anspruch auf Entschädigung haben und wie groß soll sie denn sein? Wonach bestimmt man in diesem Falle, ob die Entlassung eine Folge des Produktionsverbots ist? Daß Arbeiter wegen des Verbots zu so früher Zeit entlassen werden konnten, ist möglich, weil das Gesetz schon am 11. Juni 1902 vom Reichstage endgültig beschloffen wurde. Der Unternehmer hatte kein Interesse daran, es nicht zu thun, da seine Entschädigung von der Zahl der beschäftigten Arbeiter unabhängig ist und ihm auch gewährt würde, wenn er schon früher als drei Monate vor Inkrafttreten des Gesetzes aufgehört hätte zu produzieren. Er hatte aber ein Interesse, es zu thun, denn je weniger Arbeiter er zu entschädigen hat, umso mehr verbleibt ihm selber von der Entschädigung.

Ein Fall aus der Praxis veranlaßt uns zu diesen Betrachtungen. Die „Vereinigten chemischen Fabriken“ in Staßfurt haben die Fabrikation von Saccharin betrieben und schon vor mehreren Monaten entlassen sie eine Anzahl Arbeiter. Die Arbeiter verlangten Entschädigung, wurden aber von der Firma abgewiesen mit der Begründung, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes entlassenen Arbeiter keinen Anspruch auf Entschädigung hätten. Die Arbeiter klagten bei dem Gewerbeamt, das nach dem Sühstoffgesetz für Entschädigung dieser Streitigkeiten zuständig ist. Die Firma behauptet nun, die Arbeiter seien nicht wegen des Sühstoffgesetzes entlassen worden. Ueber den Grund der Entlassung soll deshalb dem gesetzlichen Vertreter der Firma der Eid auferlegt werden, und wenn er bejaht, daß die Entlassung keine Folge des Gesetzes ist, dann sollen die Arbeiter abgewiesen werden.

Daß mit einem solchen Verfahren nicht die Absichten erfüllt werden, die bei Schaffung der Entschädigungsvorschriften geübt worden sind, ist gewiß. Aber selbst wenn der Vertreter der Firma diesen Eid nicht leistete, wonach will denn das Gericht die Entschädigung bemessen, da ja als Maßstab dafür der Verdienst in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April gelten soll?

Die Forderung der Arbeiter beträgt über 100 M. und ist daher berufungsfähig, so daß die Arbeiter bei einem ungünstigen Urteile des Gewerbeamtes noch das Landgericht und das Oberlandesgericht anrufen können, doch kann man auch da über den Ausgang ungewiß sein.

Die Entschädigung der Arbeiter dürfte nicht den Unternehmern überlassen werden, und es dürfte vor allen Dingen keine Form für die Entschädigung gewährt werden, die es den Unternehmern ermöglicht, die Beteiligung der Arbeiter an der Entschädigung möglichst geringfügig zu gestalten und sich selber an dem den Arbeitern zugedachten Anteil zu bereichern.

## Ausland.

### Die Ausgesperrten.

Neben die Beendigung des Generalkriegs schreibt uns unser Amsterdamer Korrespondent vom 13. April:

Während der zwei letzten Nächte fanden Versammlungen der Hauptvorstände der verschiedenen Arbeiterorganisationen statt, in denen das Abwehrkomitee seinen Beschluß wegen der Aufhebung des Generalkriegs begründete; es ging ziemlich scharf her. Von anarchistischer und anarchisierender Seite sprach man von Verrat des Komitees, trotzdem diese Richtung selbst sich im Komitee und sogar die Mehrheit in ihm hatte. Schließlich ernannte man eine Untersuchungskommission. Auch wurde eine Untersuchungskommission von drei Mitgliedern ernannt, die Geldmittel sammeln soll für die Ausgesperrten.

Die Zahl der Ausgesperrten ist für den Augenblick noch ganz besonders groß und zwar in allen Bezirken, besonders aber bei den Eisenbahnern. Die holländische Eisenbahngesellschaft soll allein über 1000 Mann entlassen haben. Dies ist aber nur die bekannteste Maßnahme, um die Streikenden „milde“ zu machen, so daß sie sich auf Gnade oder Ungnade ihren Brotherrn ergeben. Rollen auch eine Anzahl Lyser, an erster Stelle die Leiter, die bereits entgültig zum größten Teile entlassen sind, dann werden die Gesellschaften bei Wiedereinführung des gewöhnlichen Eisenbahnverkehrs doch genötigt sein, die meisten wieder in Dienst zu nehmen.

Die übergroße Mehrzahl der Arbeiter nimmt Dienstag die Arbeit wieder auf, soweit dies nicht bereits geschehen ist. Die Teilausstände, die vor dem Generalkrieg bereits ausgebrochen waren, werden nun ihren gewöhnlichen Verlauf nehmen. Die Gasarbeiter zu Amsterdam u. a. setzen ihren Kampf gegen die Arbeitgeberorganisation, die sie ausgesperrt, fort; das ganze niederländische Proletariat wird diesen Kampf aufs Messer um die Gasarbeiter-Organisation unterstützen.

### Die Mächte und die Bagdadbahn.

London, 14. April. (Eig. Ber.) Am 8. d. M. verhandelte das Unterhaus über die finanzielle Beteiligung Englands an der Bagdadbahn. Hervorgehoben wurde die Debatte durch den Vortrag des Generals v. d. Goltz in Königsberg über den Fortschritt dieses orientalischen Unternehmens; ferner durch die Bemerkungen im Aprilheft der „National Review“ und durch einen Artikel im „Spectator“ vom 4. d. M. Die „National“ protestierte gegen die britische Beteiligung an der babylonischen Verwirrung und meinte, die britische Regierung stünde im Namen Deutschlands. Diese Ansicht wurde auch vom „Spectator“ ausgesprochen. Beide Blätter sind für eine friedliche Auseinandersetzung zwischen England und Rußland. Da aber Rußland dem Bau der Bagdadbahn feindlich gegenübersteht, so muß selbstredend die britische Beteiligung den gewünschten Ausgleich verhindern. Der konservativ Abg. Gibson Bowles ist ebenfalls Anhänger der von dem genannten Blättern gewünschten Politik. Er hält die britische Beteiligung an der Bagdadbahn für besonders unglücklich in einem Moment, als England und Rußland um eine Abgrenzung ihrer asiatischen Sphären verhandeln. Auf eine diesbezügliche Anfrage antwortete — wie schon telegraphisch mitgeteilt — der Premierminister Mr. Balfour:

„Formelle Unterhandlungen über die Bagdadbahn haben zwischen den Mächten nicht stattgefunden. Die geplante Eisenbahn wird keine deutsche Eisenbahn sein. Ueber diesen Gegenstand fanden vor dreizehn Monaten zwei kurze Unterhaltungen statt: eine mit dem französischen, die andre mit dem deutschen Gesandten. Lord Lansdowne (der Minister des Reichs) sagte damals, er würde dem Unternehmen nicht unfreundlich gegenüberstehen, wenn das britische Kapital und die britischen Interessen als gleichberechtigt mit denen der andern Mächte behandelt würden. Die Unterhandlungen mit den britischen Kapitalisten sind noch im Gange und haben vorläufig zu keinem entgültigen Ergebnis geführt. Man ist im Begriffe, uns folgende Vorschläge zu machen: 1. das britische Kapital und die britische Kontrolle sollen mit dem Kapitale und der Kontrolle jeder andern Macht auf vollständig gleichen Fuß gestellt werden. 2. Da gegenwärtig mit der Türkei über einen neuen Handelsvertrag unterhandelt wird (wobei es sich um eine Erhöhung der türkischen Zölle handelt), so wird von der britischen Regierung verlangt, daß sie sich der Zoll-erhöhung nicht widersetze, obwohl ein Teil der Erhöhung angewendet werden soll als Garantie der Bahn, die für die Türkei selbst so wichtig ist. 3. Falls sich die Bahn als ein viel besseres

Verkehrsmittel nach Indien erweist, ist ihr eine indische Post zu überlassen. 4. Die britische Regierung soll ihr Bestes thun, daß die Endstation der Bahn in oder neben D u e y t gebaut werden könnte.“

Diese schriftlich gegebene Antwort besagt, daß die Zukunft der Bagdadbahn vielfach von der Mitwirkung Englands abhängt; ferner, daß die Bahn kein deutsches, sondern ein internationales Unternehmen ist, wie etwa der Suezkanal; schließlich, daß sich sowohl England wie Frankreich daran beteiligen. Weltpolitisch sehr wichtig ist die Beteiligung des französischen Kapitals. Wird Frankreich in den Interessenskreis der Bagdadbahn gezogen, so ist Rußland in seiner Opposition gegen dieses Unternehmen isoliert. Hier handelt das französische Kapital gegen den Zweibund.

Balfour gab also eine sehr interessante, weil auflärende Antwort. Trotzdem erklärte sich Bowles mit ihr nicht zufrieden. Er warnte die britische Regierung und das britische Kapital vor Deutschland. Dagegen meinte Sir Charles Dille, England könne sich einem Unternehmen wie der Bagdadbahn nicht widersetzen. Nur müsse die Regierung sich bei der Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle sehr in acht nehmen, da die britische Handelsinteressen dort sehr bedeutend seien. Aber auch Dille war der Ansicht, England müsse unter allen Umständen seine Rouppolitik im Persischen Meerbusen aufrecht erhalten, was ja auch die Regierung zugegeben habe. Balfour antwortete in längerer Rede, die indes mit einer Erklärung seiner früher gegebenen schriftlichen Antwort war. Ueberhaupt legte er Gewicht darauf, daß die Bagdadbahn kein deutsches Unternehmen sei. —

## Frankreich.

Paris, 15. April. Der Postdirektor des Seinedepartements hat den Postbeamten den Auftrag erteilt, die von den Klostergenossenschaften vertriebenen Circulare, in denen zu Sammlungen für mildtätige Zwecke aufgerufen wird, bis auf weiteres nicht mehr zu befördern, jedoch ein Exemplar von jedem der Postbehörde zu übermitteln. —

## Türkei.

Konstantinopel, 15. April. Der Mörder des russischen Konsuls Sachtichbina wurde zum Tode verurteilt. Der Minister des Auswärtigen erwiderte auf bezügliche Vorstellungen des serbischen Gesandten Gruevich, daß keine Gefahr eines albanesischen Angriffes gegen die serbische Grenze bestehe. Die Albanesen seien durch die Tätigkeit der macedonischen Komitees erregt worden. Auch sei die zuverlässige Hoffnung vorhanden, daß infolge der ergriffenen Maßregeln baldigt normale Verhältnisse wieder eintreten werden. —

## Serbien.

Belgrad, 15. April. Oberstleutnant Jlic, Kommandeur des 6. Infanterie-Regiments, der durch königlichen Mas seines Postens entlassen worden war, wurde heute nacht auf Befehl des Königs verhaftet. Mit ihm wurden sechs andre Offiziere desselben Regiments in Haft genommen. Der König selbst leitet die Untersuchung. Hier herrscht darüber große Aufregung.

## Rußland.

### Studentenunruhen.

Ueber Studentenunruhen, die in der letzten Zeit an der Universität Petersburg große Erregung bewirkten, giebt jetzt der „Regierungsbote“ eine Art abschließenden Bericht. Der Bericht ist ganz v o l l s t ä n d i g, jeder Ausdruck zeigt die bornierte Auffassung der Polizei, die in der Studentenbewegung nichts sieht als ein Produkt „unruhiger Köpfe“ u. dergl. Immerhin bietet auch dieser Polizeibericht einen gewissen Einblick in die Gährung unter der jungen Intelligenz Rußlands. Der „Regierungsbote“ erzählt:

„Schon gegen Ende Februar bemerkte man eine Erregung der Zuhörerinnen des weiblichen medizinischen Instituts wegen der geplanten Änderungen des Prüfungsmodus. Diese Erregung steigerte sich fortgesetzt und führte am 23. März zu einer unerlaubten Versammlung im Institut, an welcher etwa 600 Zuhörerinnen teilnahmen. Die Aufforderungen des Direktors und des Kurators des Petersburger Lehrbezirks, auseinanderzugehen, waren erfolglos. Die Versammlung dauerte drei Stunden; am folgenden Tage wurde das Institut bis auf weiteres geschlossen. Das aus Professoren bestehende Disziplinargericht beschloß, 317 der Hörerinnen einen Verweis zu erteilen und 28 scharfer zu bestrafen, jedoch nicht zu relegieren. Als letztere, mit Ausnahme einer, der Aufforderung, beim Direktor zu erscheinen, nicht folgten, verfügte der Minister für Vollstreckung, daß sie teils auszuschließen, teils zeitweilig vom Institut zu entfernen seien. Am 9. April wurden die Vorlesungen wieder aufgenommen.“

Am 31. März betrat gegen 500 Studenten zusammen das Universitätsgebäude und nahmen vor der Aula Aufstellung. Die Mahnungen des Direktors sowie des Kurators des Lehrbezirks wurden mit äußerster Grobheit und manövrierten Protesten beantwortet. In einer zwei Stunden währenden Versammlung verhandelten die Studenten darauf über die Vorgänge im weiblichen medizinischen Institut sowie über dem akademischen Leben durchzuführende Reformen. Um weiteren Unordnungen vorzubeugen, wurde die Universität zeitweilig geschlossen.

Vom Disziplinargericht wurden vier der Studenten freigesprochen, gegen vier wurde die Verhandlung eingestellt, vierzehn wurden für immer, jedoch ohne Verlust des Rechts zum Eintritt in andre Hochschulen, relegiert, gegen 7 wurde die Relegation bis zum 7. August 1904, gegen 14 bis zum August 1903 ausgesprochen, 11 wurden zum Teil mit, zum Teil ohne Erteilung eines Verweises zur Abstellung der freien Zuhörer verwiesen, 14 erhielten eine Mäßige. Am 8. April wurden die Konzerte und andre Märsche der Universität wieder geöffnet. Wie jetzt festgestellt ist, war die unter Leitung des Hilfsvereins für bedürftige Studierende stehende Speiseanstalt der Ort, wo sich unruhige Köpfe zur Verhinderung über Obstruktion und andre Ungehörigkeiten an der Universität versammelten. Das Ministerium des Innern hat genau Kenntnis davon, daß dort seit dem Jahre 1899 nicht nur Unordnungen, die an der Universität vorgekommen sind, sondern auch Straftatbestände beschlossen wurden. Den studentischen Kreisen fernstehende Personen fanden dort umgebend den Zugang, politisch unzuverlässige Elemente hielten dort Beratungen ab und verbrecherische Druckschriften wurden dort offen verbreitet. Die Teilnehmer an den letzten Ungehörigkeiten waren direkt aus der Speiseanstalt nach der Universität gekommen. Mit Zustimmung des Bewesers des Ministeriums für Vollstreckung wurde nunmehr diese Speiseanstalt geschlossen.“

Massenverhaftungen politischer „Verdächtigter“ werden aus Warschau gemeldet. Danach sollen allein in Warschau über 150 Personen verhaftet und in die Citadelle eingesperrt worden sein; ebenso sollen aus der Provinz viele Personen „wegen sozialistischer und großpolitischer Untreue“ in das Warschauer Festungsgefängnis gebracht worden sein. —

## Amerika.

New York, 14. April. Nach einer Depesche aus San Salvador hat sich Juan Arias, der zum Präsidenten ernannt worden war, während General Sierra den Oberbefehl über die gegen Bonilla einfallenden Regierungstruppen übernommen hatte, Bonilla ergeben, dessen Truppen gestern die Hauptstadt Tegucigalpa eingenommen haben. —

## Der Kongreß von Bordeaux.

Zorisehung der Sonntagnachmittag-Sitzung.

### Millerand-Debatte.

Hervé erklärt wie alle Parteigenossen des Honne-Bezirks zugleich Reformist und Revolutionär zu sein. Man soll nicht die Erfolge

\*) Der Bericht unseres Korrespondenten aus Bordeaux ist leider heute ausgefallen, wir geben deshalb einen Bericht nach der „Petite République“.

des gesetzlichen Vorgehens abzuwenden, doch eines Tages kann ein revolutionärer Akt notwendig werden. Wegen des Eintritts in das Ministerium ist gegen Millerand kein Vorwurf zu erheben, wohl aber wegen seiner späteren Handlungen. Es bedeutet eine Verletzung der ministeriellen Beteiligung, wenn man, wie Millerand, dieselbe Stellung beibehalten will, wenn man nicht mehr im Ministerium ist. Täglich, wenn wir die Radikalen kritisieren, hält man uns Millerands Abstinenzen vor. Der Redner kritisiert eine der Abstinenzen nach der andern. Er verteidigt den „Katholizismus des Soldaten“ und billigt die Antikathedrale, die darin dem Soldaten erteilt würden. Selbst wenn der Katholizismus monarchistisch wäre, hätte Millerand nicht für seine strafrechtliche Verfolgung stimmen dürfen; das heißt die Freiheit der Presse besitzigen. Weiter behandelte Redner die Gründe, die Millerand geleitet haben, und meint: Ich glaube, daß Millerand wieder Neigung zur Rückkehr in die Macht hat!

Millerand: Ich war drei Jahre von meiner Partei getrennt und konnte ihren Kongressen nicht beiwohnen. Wenn ich jetzt zurückkehre in den Kreis meiner Freunde, so gefalle man mir, festzustellen, daß der jetzige „Fall Millerand“ nicht mehr derselbe ist wie der einstige und daß diejenigen Anklagen nicht mehr ertönen, die während meiner Ministerhaft gegen mich erhoben wurden. Wenn jemand hier meine Handlungen als Minister vorbringt, so bin ich bereit Rede zu stehen. Ich trat in das Ministerium nach vorheriger Besprechung mit meinen Parteifreunden, kein Widerspruch erhob sich und man gab mir die Freiheit, unter meiner persönlichen Verantwortlichkeit zu handeln. Man hat gefagt, besonders was es Genosse Gindman, ich hätte zugesagt, daß ich das Ministerium verlassen wollte, sobald die reaktionäre Gefahr beseitigt wäre. In keiner Form habe ich je eine solche Zusage gegeben. Nun hat man meine Abstimmungen angelegt und fordert meinen Ausschluß. Es mögen bindende Mandate bei allen Fragen berechtigt sein, aber nimmermehr können sie es sein bei der Frage, ob ein Parteimitglied ausgeschlossen werden soll. Diejenigen, die hier ein imperatives Mandat haben, werden ihm nachkommen, aber ich bin überzeugt, daß ich mich an Ehrenmänner wende, die anhören werden, was ich zu sagen habe. (Beifall.)

Man hat mich oft als einen Socialisten dargestellt, der wenig auf die Meinung seiner Partei achtet. Aber ich habe als Abgeordneter niemals die intimen Beziehungen zu meinem Wahlkörper und zu meinen Kollegen in der Kammer verloren. Ich habe stets an den Sitzungen meiner parlamentarischen Fraktion teilgenommen. Ich behaupte nicht unfehlbar zu sein, aber ich darf behaupten, daß ich in meinem politischen Verhalten seit 10 Jahren mich nicht geändert habe. Ich stehe vor Ihnen als derselbe, der ich 1892 war, als ich die radikale Partei verließ, um in Velle für die Kandidatur von Paul Lafargue einzutreten. Ich gedachte der sozialistischen Partei mehr Zusammenhang zu bringen und eine gerechtere Würdigung der politischen Wirklichkeiten, ich gedachte aber auch der Republik einen Dienst zu erweisen, indem ich wirken wollte an der Disciplinierung dieser Massen, die allzu leicht jeder Erregung zugänglich sind. Es gewann die Ueberzeugung an Macht, daß es nicht mehr revolutionärer Maßnahmen bedarf, um berechtigte Forderungen zu verwirklichen. Was ich wollte, will ich noch heut. In keiner Reformforderung, die ich mit allen Socialisten gefordert habe, habe ich meine Ansicht gewechselt.

Millerand geht über zur Besprechung seiner Abstimmungen. Warum mußte ich für das Kultusbudget stimmen? Nicht deshalb, weil ich durch mein Verhalten als Minister mich verpflichtet gefühlt hätte, nein, es könnte nötig erscheinen und der Fall kam wiederkehren, daß wir über die Frage des Kultusbudgets eine Abstimmung vornehmen müssen, die eine Manifestation bedeutet. Für mich ist eine solche Manifestation ein Widerspruch geworden mit dem Tage, da die Regierung gegen den Militarismus einen Kampf unternahm, wie er noch niemals unternommen worden ist, da sie ihn angriff in seiner Keimzelle und in seiner Kriegslasse. Es ist ein Widerspruch, der Regierung jetzt noch weitergehende Maßnahmen aufzuerlegen. Die Trennung von Staat und Kirche kann nicht in 24 Stunden bewirkt werden. Wir haben uns gegenüber eine gewaltige Macht und man kann eine so gewichtige Maßnahme nicht treffen, ohne zuvor andre unerlässliche Maßnahmen getroffen zu haben. Darum habe ich den Gesetzentwurf des Präsidenten unterzeichnet, der die Wege zur Trennung von Kirche und Staat vorbereitet. Ich bin nicht gegen jede parlamentarische Demonstration, aber in diesem Falle mußte eine Demonstration zum Hindernis für die Regierung werden, die jedenfalls uns auf antireaktionären Bahnen hält. Ich wünsche, daß die sozialistische Partei stets ernsthaft Abstimmungen vornimmt. Die Radikalen haben sich früher allzuoft unfruchtbar Demonstrationen hingegeben; ich möchte, daß die Socialisten sich dessen möglichst enthalten.

Ueber die Frage des Militarismus habe ich dies zu sagen: Ich bin den Arbeiterbörsen nicht feindlich, ich habe alles gethan, was ich konnte, zu ihrer Entwicklung. Nun wurde der Kriegsminister, den alle Feinde der Republik beunglimpfen, wegen der Verfolgung des „Katholizismus des Soldaten“ angegriffen. Ich fragte mich, was ich selbst als Kriegsminister an der Stelle des General Andre gethan hätte. Nebenbei, der Kriegsminister hat den Soldaten auch den Besuch der kirchlichen Vereinigungen verboten. Ich denke wie Sie alle, daß nichts nützlicher ist, als die Soldaten in die Arbeiterbörsen gehen zu lassen, aber ich mache den Arbeiterbörsen den Vorwurf, daß sie über ihre Aufgaben hinausgegangen sind. In dem Katholizismus wiederholt sich stets der Meirau: „Desertiert!“ Ich erkläre, es ist unmöglich für einen Kriegsminister zuzulassen, daß den Soldaten solche Antikathedrale gegeben werden. Diejenigen, welche sie gegeben haben, haben nur der nationalistischen Propaganda Vorschub geleistet. (Beifall.)

Man wirft mir weiter vor, nicht für die Tagesordnung über die Frage der Abrüstung gestimmt zu haben. Delcassé, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, hat erklärt, er könne gegenwärtig nicht im Namen Frankreichs die Initiative zum Vorschlag der Abrüstung ergreifen. Da schien es mir unmöglich, einer Tagesordnung zuzustimmen, die ein Mißtrauensvotum gegenüber Delcassé bedeutet.

Alle diese Abstimmungen sind die Auslässe einer einheitlichen politischen Auffassung. Jeden Jahre lang habe ich die ganze sozialistische Partei mit mir. Von 1893 bis 1898 waren alle Socialisten Anhänger friedlicher und gesetzlicher Reformen und verschoben den Anknüpfungspunkt zu dem unwahrscheinlichen Tage, wo das allgemeine Stimmrecht selbst bedroht sein würde. Diese Haltung hat ihre Folgen gezeitigt. Eine Partei, die sich organisiert hatte, um die öffentlichen Gewalten zu erobern, sah sich plötzlich vor das normale Ergebnis ihrer Politik gestellt: vor die Teilnahme an der Regierung. Manche hatten damals plötzlich einen Schlag nach hinten. Sie hatten ihre revolutionären Anschauungen nur oberflächlich aufgegeben. Hérve Bailant sagte auf einem der letzten Socialistenkongresse, er begreife, daß die Partei die Macht an sich nehme, aber nur die ganze Nacht und zu dem Zweck, um die Revolution auszuführen. Die Frage ist nun die: bilden Sie sich ein, daß Sie die Macht ganz in die Hände bekommen können, um an einem Wandertage die Revolution auszuführen? Wenn Sie sich das einbilden, dann haben Sie recht, mich auszuschließen. Denn diese Anschauung werde ich nie und nimmer teilen. Wenn Sie sich dies aber nicht einbilden, dann überlegen Sie es sich zuerst, ehe Sie für meine Ausschließung stimmen.

Wenn Sie mich ausschließen, so entscheiden Sie zugleich, daß Sie jeden Anteil an der Gewalt ausschlagen; so entscheiden Sie zugleich, daß ein aus der Partei hervorgegangener Minister des Innern nicht das Recht hat, das Kultusbudget beschließen zu lassen, ohne das Programm zu verlegen; daß ein Minister des Krieges nicht das Recht hat, der Wagnersucht Achtung zu verschaffen, ein Minister des Reichs nicht das Recht hat, mit den unabwendbaren Bedingungen der auswärtigen Politik rechnen zu dürfen, ohne das Programm zu verlegen. Sie geben dann jenen Macht, die sich von uns abgewendet haben. Sie sagen dann, daß man auf den Tag warten muß, wo man die ganze Gewalt wird an sich nehmen können.

Wenn Sie dagegen glauben, daß Sie folgerichtig handeln, wenn Sie täglich einen immer ansehnlicheren Teil der politischen Gewalt an sich bringen, dann werden Sie mich nicht ausschließen, nicht aus bloßer Empfindsamkeit, sondern weil Sie als Politiker nicht leichtig



ein Urteil fällen werden, das unsrer Partei zum Todesurteil werden kann.

Das sozialistische Proletariat hat in der ganzen Welt nur eine Lehre. Aber es muß so viel verschiedene Arten von Taktik haben, wie es verschiedene Arten von politischen Verfassungen gibt. In Frankreich ist es, zu zeigen, daß der Sozialismus seinen Teil an den Verantwortlichkeiten der Gewalt nehmen kann. Alle unsere Bemühungen müssen dahin trachten, unsere politische Verfassung auch in unsere wirtschaftliche Verfassung einbringen zu lassen, mit einem Worte, die Republik sozialistisch zu machen. Das ist die Aufgabe des französischen Proletariats und der französischen Sozialisten, und darum müssen diese, anders als in anderen Ländern, die Verantwortlichkeit der Gewalt teilen und die Geschäfte des Landes selbst in die Hände nehmen. Die französische Sozialistenpartei muß eine Landespartei im weitesten Sinne sein. Wir haben nichts zu fürchten, wenn wir, zugleich mit unserm Ideal, das gemeinsame Ideal der republikanischen Partei verfolgen. Wir arbeiten zugleich für uns, wenn wir für das Land arbeiten. Aus einer fortwährend größer werdenden Demokratie muß eine noch schönere sozialistische Demokratie hervorspringen.

Ich übergebe meinen Gegnern wie meinen Freunden meine Gedanken und meine Handlungen. Hinter jeder von ihnen werden Sie stets nur die glühende Leidenschaft eines sozialistischen Republikaners finden, der nichts will als der Republik dienen und dem Sozialismus, die niemals von einander zu trennen sind. (Langer Beifall.)

### Zweiter Verhandlungstag.

#### Montag-Vormittagsitzung.

Jaurès wendet sich gegen Carrante, der das Vorhandensein des Klassenkampfes leugnet. Die Klassengegensätze bestehen auch in der Demokratie, wenn auch unter anderen Formen als in der Despotie. Die sozialen Ungleichheiten bleiben auch in der demokratischen Republik; durch den Druck der Unternehmer auf wirtschaftlichem Gebiete treten sie deutlich in die Erscheinung. Der Staat sei ein Klassenstaat, auf den das Proletariat aber nicht mehr ohne Einfluß sei. Der Einfluß der Sozialdemokratie in den Kommunen und Parlamenten müsse stetig gesteigert werden. Aber es bleibe wahr — und das vergesse Niemand —, daß der heutige Staat ein Staat der Bourgeoisie ist, der dem Sozialismus gegenwärtig zwar geringeren Widerstand entgegensetze, der aber jeden Augenblick zur Anwendung systematischer Gewalt zurückkehren könne. Millérand's Meinung sei die, daß, da wir in einer Republik lebten, das Proletariat gewisse Freiheiten genieße, wir auch besondere Pflichten zu erfüllen hätten. Er sagt, die sozialistische Partei müsse neuen Verbindungen gegenüber, und diesen müsse Rechnung getragen werden. Er (Jaurès) erkenne an, daß diese Taktik sehr leicht und sehr einfach sei. Auch Guédezo verfolge eine so einfache Politik, nur in anderem Sinne. Dieser rechne mit einem exklusiven Proletariat und mit bürgerlichen Parteien, die er sich wie in einer Festung abgeschlossen denke. Das ist sehr einfach, aber ich sage, daß ich die Politik der höheren Freiheit (suprême parasso) Sie entbehren von aller Anstrengung.

Jaurès wendet sich direkt an Millérand: Auch Ihre Politik ist zu einfach. Sie halten vom sozialistischen Programm nur das aufrecht, was sofort realisierbar ist; Sie erreichen also das sozialdemokratische Programm in zwei Häften und der Teil, den Sie beiseite werfen, den wir nach Ihrer Meinung nicht mehr zu bekräftigen brauchen, wäre nur noch eine tote Erbschaft. Das ist die Gefahr.

Jaurès geht auf die einzelnen Abstimmungen ein. Millérand habe die Abstimmung über das Ausgabebudget für eine unwillige Manifestation gehalten. Diese Manifestation sei aber nicht unfruchtbar gewesen, es sei nötig, daß die Parteien, die über die Forderungen der Regierung hinauszugehen, diese unterstützen. Zur antimilitaristischen Abstimmung sagt Jaurès: Er gebe zu, daß die antimilitaristische Propaganda der Partei nicht immer so gefährlich werde, wie sie es möchte. Es sei falsch, zur Desertation aufzufordern; die Deserteure seien für die soziale Revolution verloren. Man fordere die Soldaten nicht auf zur Energie, sondern man verleite sie zur Schwäche. Sagt Ihr den Arbeitern, daß sie die Fabrik verlassen und auswandern sollen? Es ist unsre Schuld, daß wir diese Einwände nicht genügend hervorgehoben haben, und deshalb ist es falsch, daß Millérand nicht gegen die Verfolgung der Verfasser der antimilitaristischen Flugblätter gestimmt hat.

Mit der Frage der Abrüstung verhält es sich ebenso. Wer hält uns ab, zu erklären, daß Frankreich bereit sei, die successive Abrüstung vorzuschlagen? Ich hoffe, daß, wenn in der nächsten Regierung sozialistische Minister sitzen, eine solche Initiative ergriffen wird. In der Erklärung des Herrn Delcassé, die französische Regierung könne die Initiative in dieser Frage nicht ergreifen, weil Frankreich besetzt worden sei, sehe ich den Embryo einer Nebenschlichte. Alle europäischen Regierungen könnten mit denselben Schindeln argumentieren. Unsere Regierung muß den Mut haben, die Initiative zu ergreifen, eine Initiative, die sie eht.

In letzten Teil seiner Rede, wendet sich Jaurès, trotzdem er also mit den Abstimmungen Millérand's nicht einverstanden ist, gegen die Ausschluß-Anträge. Millérand will, wie wir, eine neue und sozialistische Gesellschaft; er akzeptiert mit uns die Fundamentalsätze unsres Programms. Aber er verringert in einer gefährlichen Weise die Differenzen, welche uns von den anderen demokratischen Parteien trennen. Die größte Verantwortung für die Haltung Millérand's fällt jenen zu, welche ihn in der Zeit, da er eine nützliche Mission für das Proletariat erfüllte, durch beleidigende und verletzende Angriffe gezwungen haben, sich auf sich selbst zurückzuziehen. Der Ausschluß Millérand's wäre zugleich brutal, ungerecht und unpolitisch. (Großer Beifall.)

Lenormand begründet in ausführlicher Weise den Ausschlußantrag. Georgetti (Horn-Redaktion) erklärt, daß die Delegierten der Bieme für den Ausschluß Millérand's zu stimmen hätten, aber nach der Diskussion, nach der Rede W's., besonders nach der Jaurès', würden er und seine Freunde sich auf ein Tadelvotum beschränken unter der Bedingung, daß W. sich verpflichtet, in Zukunft die Beschlüsse der Partei zu respektieren.

In der Nachmittagssitzung wird die Diskussion fortgesetzt. Zahlreiche Redner nehmen das Wort. Auch Millérand giebt nochmals Erklärungen ab. Schließlich wird eine Kommission gewählt, in die jede Föderation einen Delegierten entsendet. Derselbe erhält die Aufgabe, die vorliegenden zahlreichen Anträge und Resolutionen zu einer Resolution zusammenzufassen.

Die Kommission beschloß mit 19 gegen 16 Stimmen den Ausschluß Millérand's. Der Kongreß selbst beschloß mit 109 gegen 80 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung Jaurès', infolge deren Millérand Mitglied der Partei bleibt. (Ueber diese Vorgänge werden wir noch näher berichten.)

## Partei-Nachrichten.

Noch ein verbotener Manifest-Ümzug. Eine Privatdepesche aus Aitona meldet uns: Der Manifest-Ümzug wurde wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten. — Es ist nunmehr wohl begründete Aussicht vorhanden, daß Aitona auch nach dem 1. Mai nicht vom Erdboden verschwunden sein wird. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung daselbst dürfen aber andere Maßnahmen als das Verbot des Manifest-Ümzuges geeigneter sein.

Übermals ein Sozialistenführer. Ein Herr Franz Friede läßt demnach, wie die „Sächsische Arbeiterzeitung“ mittelst, eine neue Broschüre über die Sozialdemokratie erscheinen. „Wo hin führt die Sozialdemokratie?“ lautet der Titel der zwei Vogen starken Schrift, deren Inhaltsverzeichnis sich wie die Wiedergabe einer Anzahl von Schauerroman-Titeln liest. „Ein Geab!“ — „Schimmer als das Licht!“ — „Eponage und Volkseigen!“ — „Absolutistische Gewalt Herrschaft der Internen!“ — „Welchem Sytem“

bürger, namentlich wenn er zu den Stunden der Frau Vertha Nothe gehört, läuft da nicht ein angenehmer Schauer über den Rücken! — Schade, schade, daß Herr Friede das Unglück hat, sich von den übrigen Renegaten, in deren Fußstapfen er tritt, weder nach Lebenslauf noch nach Charakteranlage zu unterscheiden. Er war, wie wir unsrem Dresdener Parteiblatte entnehmen, vor ca. vier Jahren schon einmal nahe daran, aus seiner Gewerkschaft ausgeschlossen zu werden. Er hatte auf einer Agitationstour unverantwortlich eigenmächtig mit Gewerkschaftsgebern gewirtschaftet. Man ließ aber noch Gnade vor Recht ergehen, beschloß aber, Friede nicht mehr zu Agitationstouren zu verwenden. Später hatte er eine ganz unsaubere Geschichte mit einem Arbeitskollegen, so daß wieder sein Ausschluß aus der Gewerkschaft auf der Tagesordnung stand und sicher perfekt geworden, wenn F. nicht dem zugekommen und ausgetreten wäre, genau so, wie er seinem Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei ausgewichen ist. Alle die Rückschlüsse, die man mit F. nahm, hat er in erster Linie seinen nützlichen Verhältnissen und seiner Familie zu danken, sonst wäre er längst gestorben. Die Partei hat ihn noch in der letzten Zeit mit einem namhaften Geldbetrag unterstützt. — Das hat Herr Friede unter der Rubrik „Protektionswirtschaft“ hoffentlich nicht zu erwähnen vergessen.

### Ein Parteitag für die obere Rheinprovinz

Im Ostern in Köln statt. Aus dem 22 Reichstags-Wahlkreise umfassenden Agitationsbezirk der oberen Rheinprovinz waren 28 Delegierte aus 14 Wahlkreisen erschienen. Es waren also acht Wahlkreise unterrepräsentiert, darunter jene Eisen-Wahlkreise, in denen das Centrum unumwunden herrscht und worin unsre Partei zum Teil nicht einmal einige Duzend Stimmen erhält. Der Bezirk erstreckt sich über die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier und ist überwiegend landwirtschaftlich. Er hat nur drei Industriegebiete, deren Mittelpunkte Köln, Aachen und Saarbrücken sind. Trotz aller Schwierigkeiten macht die Partei namentlich in den Bezirken Fortschritte, wo ein guter Stamm von Genossen vorhanden ist. Das sind vor allem die Großstädte mit ihrer Umgebung. In einer ganzen Anzahl von Orten hat die Parteibewegung erfreuliche Fortschritte gemacht, so in Köln-Stadt, Köln-Land, Mülheim a. Rh., Aachen und Saarbrücken. Die Parteipresse hat sich vorzüglich entwickelt. Die „Rheinische Zeitung“ sehr stark an Abonnenten zugenommen. Auch das als Kopfblatt der Rheinischen Zeitung wöchentlich dreimal erscheinende „Wägeners Volksblatt“ hat gleichfalls nach jahrelangem Stillstand einen Aufschwung zu verzeichnen. Das nämliche ist von der lediglich der Agitation gewidmeten Wochenausgabe der Rheinischen Zeitung zu berichten. Das Agitationskomitee hat im vergangenen Geschäftsjahre ein Flugblatt gegen die Getreidezölle in 100 000 Stück, den Aufruf der Reichstagsfraktion in 82 000 Stück, den Rheinischen Volkskalender in 88 000 Stück gegen 45 000 Stück im Jahre vorher, ferner 35 000 andre Flugblätter und 8000 Broschüren vertrieben. Das ganze Parteileben war gegen das Vorjahr bedeutend lebhafter und verspricht erfreuliche Ergebnisse bei der Reichstagswahl. Die Einnahme des Agitationskomitees betrug 4296,81 Mark, die Ausgabe 4138,54 Mark.

Der Parteitag befahte sich selbstverständlich eingehend mit den bevorstehenden Reichstagswahlen. Genosse Hofrichter wies in seinem Referat auf das Bestreben des Centrum's hin, den Wahlkampf auf das Gebiet der Religion zu verschieben. Das Centrum fürchte eben die Enttarnung der Wähler auf seine Lebensmittelmittel- und Militär- und Marinebewilligungs-Politik. Aufgabe der Sozialdemokratie werde es sein, das Volk in nachdrücklicher Weise über die volksfeindliche Politik des Centrum's aufzuklären. — Ueber die preussischen Landtagswahlen redete Genosse Dr. Erdmann. Der Parteitag sah von der Fassung von Beschlüssen ab, um der von dem Parteivorstand einberufenen preussischen Parteikonferenz nicht vorzugreifen. Als Sitz des Agitationskomitees wurde wieder Köln bestimmt.

### Die diesjährige Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs

Am Ostermontag im schönge schmückten Festsale des Gewerkschaftshauses in Stuttgart statt. Rechts vom Podium prangte die im Jahre 1893 beschaffte rote Fahne der Mitgliedschaft Stuttgart des Kasselerischen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, auf welche Zitatfahne der Vorsitzende Dieck in seinem Schlusswort hinwies. Auf der Landesversammlung waren 130 Mitgliedschaften des Landes mit 8967 Mitgliedern durch 270 Delegierte vertreten. Die Zahl der an die Landesorganisation angeschlossenen Mitgliedschaften beträgt 159 gegen 148 im Vorjahre. Den Bericht über die Tätigkeit des Landesvorstandes erstattete dessen Vorsitzender, Genosse Behr. Er besprach die Einführung der einheitlichen Mitgliedsbücher, die Errichtung des Parteisekretariats und die Verlegung desselben durch Genossen Wägners, die stattgehabten Landtags-Wahlkämpfe, von denen die in Heilbronn mit unserm Siege abschloß. Die Mitgliederbeiträge sind von 7708 M. im Vorjahre gestiegen auf 8248 M., also um 540 M. Die Sammlung der Reiterer brachte 2134 M. und der „Tagewacht“-Kalender einen Ueberschuß von 52 M. An den Parteivorstand wurden neben dem im Vorjahre beschlossenen 1000 M. im Laufe des Jahres noch 1100 M. aus der Landeskasse gesandt. Das Ergebnis der Parteipresse war kein besonders erfreuliches. Die „Schwäb. Tagewacht“ hatte im Jahre 1902 einen Abgang von 450 und der „Schwäb. Volksfreund“ (das Wochenblatt) einen solchen von 226 Abonnenten, so daß in diesem Jahre kein nennenswerter Ueberschuß erzielt werden konnte, da neben der Verminderung der Einnahmen eine erhebliche Steigerung der Ausgaben auszugleichen war. Jetzt ist die Abonnentenzahl wieder auf die alte Höhe gestiegen und werden wir im nächsten Jahre wieder günstiger abschließen. Das Vermögen unsres Freizeiternehmens ist von 19 150 M. im Vorjahre auf 20 671 M. gestiegen. Den Kassenbericht erstattete Genosse Wägners. Die Einnahmen der Landeskasse betragen 13 181 M., die Ausgaben 8892 M., so daß ein Kassenbestand von 4768 M. verbleibt, gegen 928 M. im Vorjahre. Unter den Ausgaben stehen u. a. 3176 M. für Agitation, für Flugblätter und Broschüren 521 M. Für die 1902 vorgenommenen Landtags-Wahlkämpfe in Leonberg, Heilbronn, Ravensburg, Waiblingen wurden 1870 M. aus der Landeskasse ausbezahlt. Den Bericht des Landesauschusses erstattete dessen Vorsitzender Genosse Kunkel; er konnte mitteilen, daß alle an ihn herangetretenen wichtigen Fragen in gutem Einvernehmen mit dem Landesvorstand erledigt worden seien. Nach einstimmiger erfolgter Entlastung des Vorstandes referierte unser Parteiveteran Genosse Tauscher über „Klassenpolitik im württembergischen Landtage“. Er besprach dabei die Stellung unsrer Reaktion zu den wichtigen Fragen der Gesetzgebung und fand mit der Versicherung, daß dieselbe auch in Zukunft stets toujours au vodoetto stehen werde für des Volkes Rechte, den begeistertsten Beifall der ganzen Versammlung. Nach der Mittagspause besprach Wägners die kommende Reichstagswahl und unsre Stellung zu den einzelnen Parteien. Er schloß mit der Aufforderung, die Organisationen an Zahl und Disziplin zu stärken, um nicht nur unsre seitherigen Mandate zu erhalten, sondern noch neue zu gewinnen. Daß die Delegierten nach der Richtung wirken wollen, das beweist der Geist und der siegesfähige Mut, den alle Teilnehmer bei dieser Rede wie auch sonst beobachtet ließen. In den Landesvorstand wurden gewählt die Genossen Behr, Sperla, Kaiser, Schlimberger und Wildemann. Der Landesauschluß wurde gebildet aus den Genossen Bauer-Stuttgart, Hilbrand-Kernerbach, Fischer-Cannstatt, Götterschlingert und Wägners-Heilbronn.

Nach Würdigung der wenigen von den Mitgliedschaften gestellten Anträge, die ohne allgemeine Bedeutung waren, konnte Genosse Dieck schon um 5 Uhr nachmittags die Landesversammlung schließen. In seinem Schlusswort gab er ganz interessante Einzelheiten über die Entwicklung unsrer Partei und ihrer Einwirkung bei den Wahlen in Württemberg in den letzten 40 Jahren. Nach Würdigung der verschiedenen bürgerlichen Parteien richtete er einen eindringlichen Appell an die Versammlung, alle Kräfte einzusetzen für erfolgreiche Reichs-

tagswahlen und begeistert schloß das dreifache Hoch auf die Sozialdemokratie die schon verlaufene Landesversammlung.

Am Ostermontag sprach dann Genosse Weber seit 33 Jahren wieder zum erstenmal im Festsale der uns so lange verhassten Lieberhalle vor einer Massenversammlung, wie sie keine Partei je zusammenzubringen im stande ist. Tausende konnten keinen Zutritt erhalten und mindestens 8500 Personen aus Stuttgart und der weitesten Umgebung drängten sich in allen Gängen und Ecken. Mit seiner fesselnden Rede über „Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen“ eröffnete der Redner den Wahlkampf in äußerst wirksamer Weise.

### Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Am 1. Osterfeiertag begann in Budapest der zehnte Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Der Parteitag ist außerordentlich stark besucht. Neben den im großen Zahl in Nationalitäten erschienenen ungarischen und deutschen Feldarbeitern sowie den städtisch gekleideten Industrie-Arbeitern sind serbische und rumänische Landleute erschienen, so daß die Kongreßteilnehmer ein abwechslungsreiches, interessantes Bild bieten. Insgesamt sind 165 Gemeinden mit 188 Organisationen durch 281 Delegierte vertreten. Die österreichische Sozialdemokratie ist durch Genossen Ferdinand Staret vertreten, die Kroaten durch Genossen Vuffeg aus Agrum.

In das Präsidium wurden Dr. Goldner aus Budapest sowie Vertreter der einzelnen Provinzstädte gewählt. Entrüstung erregte eine Mitteilung des rumänischen Delegierten Nyeed aus Bessarabien, daß ihm vor seiner Abreise nach Budapest die Reichsposten in der Höhe von 20 Kronen durch einen Gendarmen-Wachmeister konfisziert worden seien.

Am zweiten Tage wurde zuerst das Organisations-Statut in Verhandlung gezogen. Die Parteiverwaltung soll fortan aus der Parteileitung und einer besonderen Kontrollkommission bestehen; erstere soll fortan nur sieben Mitglieder zählen, was eine größere Agilität in ihren Verhandlungen ermöglicht; die Kontrollkommission einen weit umfassenderen Wirkungsbereich als bisher. Eine Neuerung nach österreichischem Muster ist die Parteikasse. Für die unänderliche Annahme des Organisationsstatuts stimmten 70, dagegen 88 Organisationen. Es wird sodann der Antrag Marits angenommen, ebenso ein Antrag, daß der Parteitag die Zahl der Mitglieder der Parteileitung von Jahr zu Jahr festsetze, und daß Streitbrecher der Partei nicht anhören können; die übrigen Punkte des Entwurfes werden unentändert angenommen.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik des Landes, referiert Welter, der für ein selbständiges ungarisches Zollgebiet eintrat und eine Resolution empfahl, in der es heißt:

Von diesen Gesichtspunkten aus fordert die sozialdemokratische Partei Ungarns die vollständige wirtschaftliche Los-trennung von Oesterreich; die Entwicklung der ungarischen Industrie mittels Erziehungszölle; übrigens aber den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf Grundlage der Meistbegünstigung, sowie überhaupt jede Erleichterung und Sicherung des internationalen Handelsverkehres; belämpft dagegen aufs schärfste die Finanz- und Agrarzölle.

In der Diskussion sprach die Mehrheit der Redner gegen diese Resolution; auch bei der Abstimmung erhebt sich die Mehrheit der Anwesenden gegen dieselbe; der Vorsitzende verliedert aber, ohne auf die Proteststimm der Mehrheit zu achten, daß die Resolution angenommen wurde.

Ein Telegramm meldet noch: Budapest, 15. April. Nachdem der Kongreß der ungarländischen Sozialdemokraten das neue Parteiprogramm, welches sich an das bekannte Erfurter Programm anlehnt, akzeptiert und eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Klassenbewegung Arbeiterchaft Ungarns den Kampf gegen die Reaktion, die wirtschaftliche Politik des Klerus und gegen die kulturfeindlichen Versetzungen auf der ganzen Linie unermüßlich fortführen werde, wurde der Kongreß mit einer Rede des Parteiführers Wolanyi geschlossen.

### Landeskongress der czechischen Sozialdemokraten Mährens.

Während der beiden Osterfeiertage fand im Arbeiterheim in Brünn die erste Konferenz der czechischen Sozialdemokraten Mährens statt. Die Konferenz war ziemlich gut besucht; im ganzen waren 74 Delegierte angereist, von denen jedoch ein kleiner Teil nicht erschien. Der Bericht konstatiert einen wohl langsame, doch immerhin erfreulichen Aufschwung der politischen Organisationen Mährens. Die czechischen Genossen verfügen über ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt, ferner über zwei Wochenblätter, über ein humoristisches und ein antikerisches Blatt. Ein Bild von der Verbreitung des Sozialismus unter der czechischen Arbeiterchaft giebt gewiß der Umstand, daß die czechischen Sozialdemokraten in 28 Gemeindevertretungen durch insgesamt 68 Gemeinde-Ausschussmitglieder vertreten sind. Diese erfreuliche Thatsache machte es notwendig, daß der Punkt „Die Sozialdemokratie und die Gemeindepolitik“ auf die Tagesordnung der Konferenz gestellt wurde, um sowohl den Genossen bei Gemeindevahlen wie auch den sozialdemokratischen Gemeindegliedern Direktiven zu geben. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag angenommen, der dahin geht, daß sich die Genossen nur in jenen Orten an den Gemeindevahlen beteiligen mögen, wo entsprechend fähige und verlässliche Genossen vorhanden sind, um ihr Mandat auszufüllen. Zum Punkte „Das Landtags-Wahlrecht und die politischen Parteien Mährens“ wurde nach dem Referat des Genossen Durian zur der Beschluß gefaßt, die Exekutive möge im geeigneten Moment in Einvernehmen mit den deutschen Genossen einen energigen Vorstoß zur Erringung des Landtags-Wahlrechts unternehmen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Weg wird nicht an Rußland ausgeliefert.

Rom, 15. April. (B. F. W.) „Capitan Tracassa“ meldet aus Neapel, daß der Appellgerichtshof entsprechend dem Antrage des Oberstaatsanwalts den Antrag auf Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Weg abgelehnt hat.

### Eisenbahn-Unglück.

Kasel, 15. April. Heute morgen kurz vor 7 Uhr wurde das Gefährt des hiesigen Landwirts Vimalowski beim Passieren des Bahnhofsüberganges von dem D-Zuge Alexandrowski-Berlin überfahren. Der Wagen wurde zertrümmert und beide Pferde getötet. Der Fahrer des Gefährts, der 23jährige Vimalowski, erlitt so schwere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Schuld an dem Unfall trifft den Bahnwärter, welcher versäumt hatte, die Schranke zu schließen.

### Aus einer Erziehungsanstalt.

Münster, 15. April. (B. F.) In der Erziehungsanstalt „Martini-Str.“ bei Kotteln entstand ein Feuer. Die Knaben mihghandelten den Wärtter sowie eine harnhorzige Schweifer und demolierten das Anstaltsinventar. Hierauf entflohen 40 Jüglinge, welche zum Teil wieder ergriffen wurden.

Fraunfurt a. M., 15. April. (B. F.) Der seit 14 Tagen gestochte Kanubücker Detroit, der in Sponshheim bei Mainz seine alte Laute erndort und herabst hatte, wurde vergangene Nacht von Mainzer Kriminalbeamten hier verhaftet.

Saloniki, 15. April. (B. F.) Albanesen überfielen in der Nähe von Provosa die Post, töteten die sie begleitenden Posten und raubten eine große Summe für Janina bestimmte Staatsgelder.



Dritte Generalversammlung des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten.

Zweiter Verhandlungstag.

In der Vormittags-Sitzung, die Scherzer-Kürnberg leitete, wird außer Begrüßungs-Telegrammen ein vom Oberbürgermeister...

Christensen-Kopenhagen berichtet, daß die dänischen Gewerkschaften durchwegs höhere Beiträge erheben. Der Redner weist darauf, daß nur durch hohe Beiträge, womit die Organisationen...

Hierauf wird die Generaldiskussion über die Statutenänderung fortgesetzt. Außer dem Entwurf des Vorstandes sind eine große Anzahl...

In Anbetracht der Tatsache, daß der größte Teil der Gemeinde-Arbeiter noch der gewerkschaftlichen Organisation fern...

Ferner wird der Verbandsvorstand beauftragt, Flugblätter zu agitatorischen Zwecken herauszugeben, welche die Forderungen...

Ferner gelangte eine von Bärtsch und Schöll-Stuttgart befürwortete Resolution zur Annahme, nach der der Verbandsvorstand...

Eine längere Diskussion entspinnt sich über die Ausgestaltung der Fachzeitung. Vom Redakteur Bärtsch wird namens des Vorstandes...

In der Diskussion, in der auch über das verspätete Erscheinen und redaktionellen Änderungen der eingehenden Berichte und Artikel...

Schließlich wird der Antrag des Vorstandes, die „Gewerkschaft“ zukünftig in vergrößertem Umfang erscheinen zu lassen, einstimmig...

Hierauf wird in die Specialberatung der Anträge zum Statut eingetreten. Ein Antrag von den Ältesten München wird angenommen, nach welchem...

In der Nachmittags-Sitzung, in der Schubert-Berlin den Vorsitz führt, wird zunächst über den Teil, der den Streit...

Zu dem Teil, der die Einschreibgebühr und den Beitrag betrifft, liegen mehrere Anträge der verschiedenen Älteste vor.

Nach einer längeren Debatte, in der die verschiedenen Anträge von den Delegierten begründet werden, wird der ganze Teil, wie er vom Vorstand beantragt ist, mit einigen geringen Abänderungen...

Die weitere Statutenberatung wird auf morgen vertagt. — Nach der heutigen Sitzung findet eine Besichtigung der Gasanstalt in der Gilschinerstraße und der Vorwärts-Druckerei statt.

Dritte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 14. April.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Schröder-Bremerhaven fordert, daß jede einzelne Verwaltungsstelle den Anordnungen des Zentralverbandes mehr als bisher Folge zu geben habe.

bandes zu stärken, damit der Verband für alle Fälle gerüstet sei. Eine gute finanzielle Grundlage vermehre insbesondere die Beachtung...

Verbandsvorsitzender Schumann antwortet in eingehender Weise auf die Ausführungen der einzelnen Delegierten. Den Vorstand...

Seitens der Redaktion des Fachblattes berichtet Dreher-Berlin, das Blatt habe gegenwärtig eine Auflage von 27 500 Exemplaren. Es hat vielfach wirksam auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse eingewirkt, und zwar immer im Interesse der Berufs-kollegen.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Sattler.

Köfel, 14. April.

Am zweiten Verhandlungstage wurde über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beraten. Nach einer langen Generaldebatte wurde in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 14 Stimmen...

In Bezug auf die Einführung einer Kranken-Unterstützung lagen verschiedene Anträge vor. Obgleich diese Frage bei der Vorbereitung der Generalversammlung kaum erörtert werden konnte...

Verbandstag der Schmiede.

Halle a. S., 14. April.

Die Diskussion über die Einführung der Krankenunterstützung wurde auch heute noch fortgesetzt. Die meisten Delegierten erklärten sich gegen die Einführung.

Nach der Berichterstattung der Bescheidkommission, die nur ganz nebensächliche Streitfragen zu schlichten hatte, wurde sämtlichen Hauptverwaltungs-Beamteten Decharge erteilt.

Ueber die Faltl bei Streiks und Ausföhrungen referierte der Hauptvorsitzende Lange-Hamburg. Redner verteidigt die Ansicht, daß die Organisation nicht dazu da sei, Streiks zu produzieren.

Den Punkt Agitation behandelte Schröder-Hamburg. In der Agitation, so meinte Redner, sei nicht genügend gethan. Die Kollegenschaft habe sich durch die Krise zu sehr beeinflussen lassen.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Vergolder und verwandter Gewerbe.

München, den 14. April.

Die Anstellung des Verbandsvorsitzenden wird in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen eine Stimme beschlossen und das Gehalt desselben mit 1500 M. festgesetzt.

Eine lebhafte Debatte entstand über die Frage, ob der von der vorigen Generalversammlung eingesetzte Gauvorstand für Süddeutschland bestehen bleiben soll.

Gründen empfohlen. Es wurde beschloffen, den besoldeten Gauvorstand für Süddeutschland abzuschaffen.

Es beginnt die Beratung des Komites: Unterstützungs-wesen. Dazu liegt ein vom Verbandsvorstand ausgearbeiteter Entwurf vor, welcher die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung auf der Grundlage der Erhöhung des Wochenbeitrages...

Bei der weiteren Beratung des Statutenentwurfs wird die Karenzzeit für alle Unterstützungen, mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, auf sechs Monate festgesetzt.

Der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder wird nach längerer Debatte auf 40 Pf. normiert. Der Beitrag für weibliche Mitglieder wird auf 30 Pf. anstatt bisher 20 Pf. festgesetzt.

Ein Antrag Frankfurt a. M. und Jülich, zugleich mit der Arbeitslosen-Unterstützung auch Krankenunterstützung zu gewähren, wird aus finanziellen Gründen gegen 1 Stimme abgelehnt.

Der Verbandstag des Verbandes der Konsum-Vereine der Provinz Brandenburg.

fand am 13. und 14. April in Luckenwalde statt. Nachdem sieben Vereine, welche meinen, sich von Herrn Krüger und dem Allgemeinen Verband nicht trennen zu können, ausgeschieden sind, besteht er aus 23 Vereinen, von denen 20 vertreten waren.

Dem Verbandstag lag die Beschlussempfehlung über die vom Vorstand ausgearbeiteten Statutenänderungen, durch welche die Beziehungen zu dem Allgemeinen Verband gelöst werden, sowie über den Anschluß an den neuen Gesamtverband der Konsumvereine ob.

Bei den Berichten der einzelnen Vereine wurde es sehr beifällig begrüßt, daß die Genossenschaft Sortwärts-Brandenburg als erste des Verbandes eine eigene Bäckerei errichtet hat; leider ist das dazu notwendige Kapital, 100 000 M. nicht durch erparite Mittel...

In Bericht von Charlottenburg wurde bemerkt, daß im letzten Jahre ein Anfang mit einem Hilfsfonds für alt und invalid gewordenes Personal gemacht worden ist. Da kleine Vereine einen solchen Fonds leistungsfähig kaum werden gestalten können, wurde einstimmig beschloffen, bei dem Gesamtverband in Dresden anzuregen, daß für die Angestellten aller Konsumvereine Deutschlands eine gemeinsame Versicherungsanstalt errichtet wird.

Erste Konferenz der deutschen Arbeiterabstinenten.

Am zweiten und dritten Osterfeiertage tagte in Bremen anlässlich des internationalen Kongresses gegen den Alkoholismus eine Konferenz der Arbeiterabstinenten im Vereinshaufe. Vertreten sind 14 Orte durch 24 Delegierte, darunter 3 ausländische.

Die Berichterstattung der Delegierten ergibt, daß die Bewegung noch wenig Anklang in Arbeiterkreisen gefunden hat. In Mitgliederzahl weisen auf die Vereine in Berlin 55, Bremen 40, Schleswig 25, Leipzig 22, Hamburg 17, Breslau 18, Dresden 15, Stuttgart 14, Delmenhorst 14, Krausfeld 7. Mehrfach wird konstatiert, daß die anfänglich höhere Mitgliederzahl zurückging.

Eine Reihe der Delegierten beklagte die Haltung der Parteipresse und vieler Parteiführer zu der Frage der Abstinenz. Sie können es nicht verstehen, daß die Partei die Beseitigung der Folgen des Alkoholmißbrauchs von der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter erwartet und verleiern völlig, daß auch die Haltung der Parteipresse von wohlwollenden Parteitagbeschlüssen diktiert ist.

Beschloffen wird sodann die Gründung einer Central-Organisation: „Bund deutscher Arbeiter-Abstinenten“.

In der Aussprache über die Stellung innerhalb der Abstinenzbewegung wird von der Mehrzahl der Redner betont, daß die Bewegung als Mittel zum Zweck zu dienen habe. Der Alkoholgenuß in der Arbeiterklasse sei zu bekämpfen, um ein Hemmnis für die Kultur- und Freiheitsbestrebungen der Arbeiter zu beseitigen.

Es folgt die Statutenberatung und sodann mit einem Hoch auf die Abstinenzbewegung der Schluß der Konferenz.

Zweiter Internationaler Kongreß gegen den Alkoholismus.

Bremen, 14. April.

Zu dem Internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus, der zum erstenmal auf deutschem Boden stattfindet, sind etwa 1460 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus allen Teilen Deutschlands, einschließlich Elsaß und Lothringen, sowie aus Amerika, England, Frankreich, Dänemark, Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Belgien, Holland, Rumänien usw. eingetroffen.

Auch die meisten städtischen Behörden Deutschlands, zum Teil auch aus dem Auslande sind durch Delegierte vertreten. Die Stadt Berlin hat den Stadtrat Sanitätsrat Dr. Straßmann entsandt. Es sind ferner vertreten das Reichs-Versicherungsamt in Berlin, fast sämtliche deutsche Landesversicherungsanstalten, viele Krankenkassen, die abstinenten Vereine, unter denen auch die Vereine der abstinenten Arbeiter aus den verschiedensten Teilen Deutschlands und aus dem Auslande nicht fehlen.



Gastwirtsgehilfen, die Provinzialverbände der Trinker-Heilsanstalten, der Verein preussischer Volksschullehrerinnen, die verschiedenen Missionvereine, religiöse Arbeitervereine usw. Sehr zahlreich ist die Geistlichkeit beider Konfessionen und auch die Vertreter vertreten.

Am Dienstagmorgen fand im Konzerthaus des Künstlervereins eine öffentliche Versammlung des Deutschen Abstinenz-Frauenbundes statt. Der große Saal und die Gallerie waren lange vor Beginn der Verhandlung Kopf an Kopf gefüllt. Die Rednerinnen gaben meist Berichte über die Fortschritte der Anti-Alkoholbewegung in den verschiedenen Ländern. Frau Dr. Höse-Dresden sprach über Alkohol und Stillungsvermögen. Die Rednerin wies auf die große Kindersterblichkeit hin, die durch das Aufziehen der Kinder mittels der Flasche verursacht werde. Die Mütter, die der Mutterbrust entbehren, weigern, wie statistisch nachgewiesen, zum Stillen Alkohol zu geben. Frauen, die von Alkoholikern erzeugt seien, oder selbst oder deren Männer der Trunksucht fröhnen, seien zumeist nicht fähig, ihren Kindern die Brust zu geben. Möge man daher anstatt (?) Tuberkuloseheime Stillungsheime schaffen. Dadurch würde man die Trunksucht an der Wurzel bekämpfen und gleichzeitig Pfanzstätten der Enthaltsamkeit herziehen.

Gegen 9 Uhr abends begann die Begrüßungsfeier des Kongresses.

## Aus Industrie und Handel.

Auf dem amerikanischen Eisenmarkt läßt seit kurzem sich eine merkliche Abnahme der Nachfrage nach Eisen und Stahl konstatieren, deren Wirkung sich bereits in einem Rückgang des starken Imports äußert. Selbst die „New Yorker Handels-Ztg.“, der man sicherlich keine Neigung zu pessimistischer Beurteilung der amerikanischen Marktlage vorwerfen kann, schreibt in ihrer letzten hierher gelangten Nummer:

„Allen Anschein nach geht die gute Absatzlage, welche die letzte Zeit den deutschen Eisen- und Stahlfabrikanten im Geschäft mit Amerika geliefert hat, insoweit ihrem Ende entgegen, als die Hoheisen-Einfuhr, die ohnehin infolge Preissteigerungen im deutschen Markt in letzter Zeit nachgelassen hatte, in der Hauptphase ihr Ende erreicht haben dürfte. Die hiesigen Produzenten scheinen entschlossen zu sein, sich das Inlandgeschäft durch Auslandskonkurrenz nicht länger bedrängen zu lassen, und der erste Anstoß liegt seitens der ausländischen Produzenten vor. Dieselben haben in dieser Woche den Preis für Hoheisen mit Lieferung in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres auf ein Niveau herabgesetzt, welches die Konkurrenz des deutschen Hoheisens in den Hauptmärkten des Ostens, ganz abgesehen vom Westen, auszufüllen scheint, sofern man sich deutscherseits nicht zu entsprechenden Preisreduktionen entschließt. Unter den besondern Verhältnissen, durch welche die amerikanische Industrie in letzter Zeit beunruhigt wurde, nämlich einer überraschenden Steigerung des Konsumbedarfs und andererseits einer, durch Mangel an Transport-Gebührenden sowie als Wirkung des Streiks der Hartkohlensarbeiter herbeigeführten Beschränkung des Angebots hatte die Einfuhr der Vereinigten Staaten an Hoheisen derart zugenommen, daß im letzten Jahre 625 380 Tonnen hauptsächlich deutsches und englisches Produkt importiert worden sind gegen 62 000 Tonnen im Vorjahre und noch im Februar d. ds. Ausland um 45 187 Tonnen Hoheisen geliefert hat gegen 8307 im Februar 1902.

Wie schon aus der letzten Aeußerung hervorgeht, war noch im Februar die Einfuhr eine recht hohe, wenn sie auch das enorme Quantum des Januars nicht erreichte; sie belief sich nämlich auf 97 908 Tonnen (gegen nur 22 207 Tonnen im Februar 1902), während im Januar nicht weniger als insgesamt 184 100 Tonnen Eisen und Eisenwaren in das Gebiet der nordamerikanischen Union eingeführt worden sind.

Von dieser Einfuhr im Februar entfielen auf: Hoheisen 45 187 Tonnen (Februar 1902: 8307 Tonnen), Schrott 4250 Tonnen (750 Tonnen), Stabeisen 2646 Tonnen (2277 Tonnen), Schienen 19 804 Tonnen (346 Tonnen), Bandstahl 117 Tonnen (30 Tonnen), Stahlpfahl, Platten u. 20 151 Tonnen (2235 Tonnen), Platten und Bleche 208 Tonnen (973 Tonnen), Weißblech 4026 Tonnen (6217 Tonnen), Walzdraht 1224 Tonnen (828 Tonnen), Draht und Drahtfabrikate 232 Tonnen (236 Tonnen). Die Hauptzufuhr bestand also aus Hoheisen, Eisenbahnschienen und Platten.

Der rumänische Rentenauflösungs-Schwindel wird jetzt, da sich die beschworenen Auswärtigen Parliaments vor dem Untersuchungsrichter nicht länger beschreiben lassen, von dem ministeriellen Organ, der „Boinga Nationale“, selbst zugegeben — allerdings in einer Fassung, die darauf berechnet ist, die Anordnungen des liberalen Ministerpräsidenten Sturdza als eine nationale That erscheinen zu lassen. Die dem „Lokal-Anzeiger“ aus Bukarest gemeldet wird, hat nämlich das betreffende Blatt erklärt: „Die Rifon-Stiftung sei in Gefahr gekommen, einen großen Teil ihrer jährlichen Einnahmen zu verlieren, wenn sie nicht einen Neubau an Stelle der ihr gehörigen baufälligen Vorarbeiten ausgeführt hätte. Um dies thun zu können, habe die Epitropie bei der Bank in Odessa die Auszahlung eines entsprechenden Teiles des für die Stiftung vom verstorbenen Reichspräsidenten Rifon bestimmten Kapitals verlangt, sei damit aber abgewiesen worden. Die rumänische Regierung habe darauf eine Petition der Stiftung an den Zaren unterfertigt, in welcher um Auszahlung von 400 000 Fr. aus dem für die Stiftung in Odessa deponierten Gelde mit dem Versprechen erbeten wurde, diese Summe aus den Einnahmen der Stiftung nach und nach zurückzugeben. Da indessen die Zeit vergangen sei, ohne daß man eine Antwort erhielt, habe die Regierung sich entschlossen, die Lösung des eingekerkerten Gefangenen zu beschleunigen und habe die von der Stiftung verlangten Titres in Höhe von 480 000 Fr. für amortisiert erklärt. Das sei am 1. August 1887 geschehen. Die Titres seien nicht ausbezahlt worden, weil man das Resultat der an den Zaren gerichteten Petition abwarten wolle. Am 25. März 1888 habe die russische Regierung mitgeteilt, daß die Auszahlung von 500 000 Fr. von den Titres der Bank von Odessa genehmigt worden sei. Diese Summe sei später den gestellten Bedingungen gemäß in Renten-Titres der Bank von Odessa zurückzuerstatten worden. Die von der Regierung für die vom Zaren bewilligte Summe als amortisiert erklärten Rententitres seien vom Staatsschatz Ende Mai 1888 bezahlt worden.“

Damit ist also Klipp und Klar eingestanden, daß bei der Renten-zahlung am 1. August 1887 eine unrechtmäßige Manipulation auf höheren Befehl vorgenommen worden ist, wenn man auch der Sache ein Mäntelchen umhängt und euphemistisch sagt, daß die Renten-titres „für amortisiert erklärt“ wurden. Es gebe in Rumänien, so führt gegenüber diesem Gehändnis die „Romanie“, das Organ Take Jonescus, zureichend aus, gesetzlich keine andre Art, einen Rententitre für amortisiert zu erklären, als wenn derselbe bei der Ziehung herauskommt.“

Die Enthüllung liefert einen treffenden Beleg dafür, was jene Lobgesänge auf die rumänische Regierung und speziell auf den edlen, reinlichen Sturdza wert waren, die kürzlich, als die neue rumänische Antelche aufgelegt wurde, durch verschiedene Börsenblätter liefen.

**Kaufmannsgerichte.** Unter den verschiedenen Gründen, welche die Handelskammern und sonstigen kaufmännischen Korporationen für ihre Ablehnung der kaufmännischen Schiedsgerichte angegeben haben, befinden sich gar manche, die zum Spott herausfordern. Das Kuriosste aber leisten sich in einer von der Handelskammer zu Hannover ausgearbeiteten seltsamen Erklärung die Vereinigten hannoverschen Handelskammern. Sie begründen nämlich ihre Ablehnung folgendermaßen:

„Die Handelskammer zu Hannover hat vor mehreren Jahren, um den Wünschen nach Beilegung und Verbilligung des Verfahrens bei Streitigkeiten unter Kaufleuten Rechnung zu tragen, unter Mitwirkung von Vertretern der Gehilfen-Vereinigungen ein kaufmännisches Schiedsgericht eingerichtet. Dieses Schiedsgericht ist, obgleich an seiner Sachkunde, zweckmäßigen Organisation und Unparteilichkeit kein Zweifel besteht, nur in verschwindend wenigen Fällen von den beteiligten Kaufleuten und Handlungsgehilfen angerufen worden, so daß es eine nennenswerte Tätigkeit nicht entfalten konnte. Die Handelskammer hat ferner festgestellt, daß

bei den ordentlichen Gerichten ihres Bezirks Prozesse zwischen Kaufleuten und ihren kaufmännischen Angehörigen nur in geringer Zahl anhängig gemacht werden, bei der Mehrzahl der Amtsgerichte gar nicht. Diese Beobachtungen und die ihr aus andern Bezirken bekannt gewordenen statistischen Angaben berechtigen die Kammer zu der Erklärung, daß ein Bedürfnis nach Errichtung der neu geplanten Kaufmannsgerichte nicht erwiesen ist, bezw. daß diese Gerichte nur eine sehr geringfügige Tätigkeit zu entfalten haben werden.“

Sollte aber durch die Begründung der Kaufmannsgerichte eine starke Vermehrung der gerichtlich ausgetragenen Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und Handlungsgehilfen herbeigeführt werden, so würde die dadurch gekennzeichnete Erleichterung in der Beschreitung des Rechtsweges und Anrufung der Gerichte, so nützlich sie vielleicht nach der einen Richtung hin wirken könnte, doch auf der andern Seite die Gefahr umhüllen und leistungsfähiger Prozessiererei in sich bergen und einer Wücherei des Interessesgegenwärtigen zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen sicher nicht zuträglich sein.“

Also erstens werden die Kaufmannsgerichte abgelehnt, weil sie nach den bisherigen Erfahrungen „nur eine sehr geringe Tätigkeit zu entfalten haben werden“, und zweitens deshalb, weil durch sie leicht eine starke Vermehrung der gerichtlich ausgetragenen Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und Handlungsgehilfen herbeigeführt werden könnte, also leicht unnütze Prozessiererei entsteht. Daß die beiden Gründe sich direkt widersprechen, haben allem Anschein nach die Herren in ihrer Besorgtheit um das Wohl der Handlungsgehilfen gar nicht bemerkt.

**Aluminium-Industriegesellschaft, Neuhausen.** Der Gewinn beträgt 2 336 381 Fr. (i. S. 2 116 335 Fr.) Davon sollen verwendet werden für Abschreibung 706 881 Fr. (709 727 Fr.), Dividende 15 Proz. (13 Proz.) und Vortrag 78 445 Fr. (78 369 Fr.).

**Accumulatorenfabrik, Aktiengesellschaft, Berlin.** Der Gewinn für das abgelaufene Jahr stellt sich nach dem Geschäftsbericht auf 955 545 Fr. Er soll folgende Verwendung finden: Dividende 10 Proz. (wie im Vorjahre) = 625 000 Fr., Gewinnanteile und Belohnungen 224 105 Fr., Verfügungsbestand 5587 Fr., Wohlfahrtszwecke 50 000 Fr., Aufwand für Ausstellungen und Versuche 10 943 Fr. und Vortrag 30 897 Fr.

Der Verband der schweizerischen Konsumvereine umfaßt Ende 1902 133 Vereine mit 102 889 Mitgliedern. Der Warenverkauf betrug in 494 Läden 38,6 Millionen Frank, der Reservefonds 2,7 Millionen, das auf Anteile eingezahlte Kapital 1,8 Millionen Frank. Im Berichtsjahre 1902 ist der Verband schweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften wegen der verschiedenen Auffassungen in der Hoffrage aus dem allgemeinen Verbände ausgegliedert. Der größte Konsumverein ist derjenige in Basel, der 23 348 Mitglieder zählt und 1902 für 11 1/2 Millionen Frank Waren verkauft hat. Der Voller Konsumverein unterhält eine eigene Bäckerei, Metzgerei und Schuhmachereiwerkstätte, sowie ein ausgedehntes Milchgeschäft. Die in diesen Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter haben die günstigsten Arbeits- und Lohnverhältnisse. — Der Verband gibt den „Schweizer Konsumverein“ und das „Genossenschaftliche Volksblatt“ heraus; letzteres in einer Auflage von 55 000 Exemplaren.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik der Holzbearbeitungs-Maschinistenarbeiter** beschäftigte am Mittwoch das Einigungsamt des Berliner Gewerbergerichts. Es handelte sich zunächst nur um eine Vorbesprechung, zu welcher vom Vorsitzenden v. Schulz eine Anzahl Vertreter der beteiligten Arbeiter- und Unternehmerorganisationen geladen waren. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden kam es zu einer lebhaften mehrstündigen Aussprache, an der sich seitens der Maschinistenarbeiter Hofmann und Jaed sowie Arbeitsvermittler Raach vom Holzarbeiter-Verband und seitens der Unternehmer die Herren Obermeister Aharardt, Plathen und Welle mehrfach beteiligten. Die Arbeiter begründeten sachlich ihre Forderungen und legten die Ursachen des Ausstandes klar, wozu die Arbeitgeber und besonders deren Verbandsleiter und journalistische Vertreter allerdings manche bittere Wille zu schlucken belamen. Von den Unternehmern wurde dagegen behauptet, die Forderungen der Arbeiter seien willkürlich gestellt und bei der jetzigen schlechten Konjunktur einfach unerfüllbar. Sie beantragten auch, daß die Arbeiter den vier zuerst in Betracht kommenden Firmen nach der Art „Vogel fröh“ oder „sich“ die Forderungen überreicht hätten und erklärten sodann, sich nur dann in Verhandlungen einlassen zu können, wenn die Arbeiter vorher bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen würden. Natürlich lehnten die Arbeiter eine derartige Zumutung ohne weiteres ab und befürworteten unter solchen Umständen einen schleimigen Schluß der Sitzung. Hier zeigte es sich recht deutlich, daß die leitenden Personen der Unternehmerorganisation lediglich die Nachfrage aufrollen wollten, obwohl sie die pure Unmöglichkeit vor Augen haben, die starke Arbeiterorganisationen jemals an die Wand drücken zu können. Die Arbeiter seien jederzeit zu Verhandlungen bereit, auch gegen eine erneute Prüfung oder Modifikation ihrer Forderungen hätten sie nichts einzuwenden, jedoch an eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, zumal nach der erfolgten willkürlichen Ausperrung sei gar nicht zu denken. Jetzt schienen die Vertreter der Arbeitgeber doch wohl einzusehen, daß sie den Vogen überpannen hatten, umso mehr als auch auf ihrer Seite das Bedürfnis nach Frieden unüberkennbar war, trotz aller hochtönenden Reden. Nach mehrfachen Eingreifen des Vorsitzenden v. Schulz, der die Unternehmer ermahnte, sich endlich an die Anerkennung der Arbeiterorganisationen zu gewöhnen, einigten sich die Parteien schließlich dahin, sofort eine gemischte Kommission zu wählen. Derselbe hat am Donnerstag (heute) unter dem Vorsitz des Direktors v. Schulz und unter Mitwirkung von Ausnahmepersonen in eine erneute Prüfung der streitigen Forderungen einzutreten und event. geeignete Grundlagen zur endgültigen Einigung zu schaffen.

**Stuttareure.** Die „Freie Vereinigung der Inhaber von Bildhauer- und Stuckgeschäften“ scheint und jede Berechtigung abspreschen zu wollen, ihnen im Interesse der Berliner Stukkareure einen verbesserten Tarif unterbreiten zu dürfen. Die größten und maßgebendsten neben den neuesten und kleinste Firmen haben aber unsere Forderungen schon durch Unterchrift anerkannt. Circa 300 Kollegen sind schon heute bei 30 Firmen laut Arbeitsberechtigungskarte unter den neuen Bedingungen an Arbeit.

Kollegen, haben wir von Anfang an uns bereit erklärt, mit der Unternehmerorganisation auf längere Zeit einen Tarif zu vereinbaren, worauf dieselben gar nicht antworteten, so gilt es jetzt die Forderung weiter zu schlagen, welche durch die Bewilligung einiger Vereinsmeister schon geschlagen ist. Nach wie vor haben wir dafür zu sorgen, daß allen Werkstättenkollegen die gleiche 8 1/2 stündige Arbeitszeit und die tariflichen Mindestlöhne zubilligen sind. Wir müssen dafür eintreten, daß uns wie allen Bauhandwerkern sämtliches Material durch dazu berufene Hilfskräfte heranzuschaffen ist.

Wir haben dafür einzutreten, daß die zu zahlenden Tarifpreise ein weiteres Herabdrücken durch die Unternehmerkonkurrenz nicht mehr zulassen! Bilden wir nicht den Damm, so sinkt unser Geschäft zu den schlechtesten Jahrestagen herab.

Es hat jeder Streitende die laut Annonce zum Freitagvormittag einberufene Versammlung zu besuchen, er muß Agitator für unsere gute und gerechte Sache werden! Die Streikkommission.

**Schuhmacher.** In Nummer 87 des „Vorwärts“ veröffentlicht der Inhaber der Filzschuhfabrik von H. Hinge nach, eine Verbilligung, nach welcher auf den Artikel Filzschuhschnallenstiefel keine Lohnreduktion erfolgt, sondern nur irrtümlich ein höherer Preis gezahlt worden sei.

Wir haben dieser Verbilligung gegenüber folgendes zu bemerken: Der vor einigen Wochen bei der Firma Jatzobs ausgebrochene Streik drehte sich in der Hauptsache um den Artikel Filzschuhschnallenstiefel, für welchen nur 1,20 M. pro Duzend gezahlt werden sollte. Der Lohnstarif von Hinge war angeblich der Lohnreduktion zu Grunde gelegt worden. Nach unsren Informationen bezahlte jedoch diese Firma den sonst üblichen Mindestsatz von 1,50 M. für Filz-, Schnallenstiefel und stellen wir dieses ausdrücklich öffentlich fest. — Nach diesen Vorgängen müßte es uns nun recht sonderbar an, daß der Preis von 1,50 M. „irrtümlich“ gezahlt sein soll. Wenn der Inhaber der Firma Hinge damit argumentiert, daß für einen gleichartigen Artikel, welcher etwas mehr Arbeit erfordert, ja auch nur 1,50 M. gezahlt wird, so würde es nur gerecht und billig gewesen sein, diesen Artikel der höheren Arbeitsleistung entsprechend auch höher zu entlohnen, anstatt auf den ersten Artikel Abzüge zu machen. Soweit die Verbandsfabrikanten in Betracht kommen, sind es nur die Firmen Schlichtweg und Hinge, welche 1,20 M. für Filz-, schnallenstiefel zahlen. Ob die drei Zwiiderinnen, weil sie diesen Artikel für 1,20 M. nicht machen wollten, entlassen wurden oder die Arbeit niederlegten und von selbst gingen, ist ziemlich gleichgültig, unzweifelhaft waren sie im Recht, indem sie sich gegen die vermehrte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft wehrten.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

**Ein paritätischer Arbeitsnachweis für die Berliner Glacéleder-Arbeiter** ist im Central-Arbeitsnachweis in der Gormannstraße eingerichtet worden. Der Nachweis ist für die Mitglieder des Lederarbeiter-Verbandes kostenlos und dürfen dieselben nur durch Vermittelung dieses Nachweises Arbeit annehmen.

### Deutsches Reich.

**Der Norddeutsche Lloyd** setzt die Maßnahmen, welche ihm die Herrschaft über die Hafnarbeiter sichern sollen, unausgesetzt fort. Daß die Arbeiter, dem brutalen Druck nachgebend, aus dem Verbände austraten, scheint der Direktion noch nicht zu genügen. Sie zweifelt wohl selber daran, daß der Schlag, mit dem sie die Organisation vernichtet zu haben glaubte, die gewünschte Wirkung gehabt hat. Die Direktion des Lloyd ist jetzt dabei, die Arbeiter, denen sie das Koalitionsrecht geraubt hat, durch Arbeitswillige von außerhalb zu ersetzen. Wie die „Norddeutsche Volksstimme“ mitteilt, sind vor wenigen Tagen neun Arbeiter in Bremerhaven eingetroffen, die man in Breslau als Kohlenarbeiter für den Lloyd angeworben hatte. Die Bremerhavener Arbeiter setzten sich mit den Fremden in Verbindung und erfuhren von ihnen, daß die Anwerbung der Arbeiter durch den Norddeutschen Lloyd in Breslau systematisch geschieht. Der Werbe-Agent ist ein früherer Kapitän. Man hat den Leuten gesagt, in Bremerhaven arbeiteten viele ausländische Arbeiter — Engländer, Franzosen u. —, diese sollten entlassen und durch Deutsche ersetzt werden. Die Ausländer seien alle im Verband, und das könne der Lloyd nicht dulden.

Nachdem die Zugereisten über die Lage der Verhältnisse in Bremerhaven aufgeklärt waren, verzichteten sie natürlich auf die Arbeit beim Lloyd und reisten wieder ab. Es heißt, daß in nächster Zeit neue Trupps von Arbeitern aus Breslau und andern Orten nach Bremerhaven verschickt werden sollen. Die Hafnarbeiter haben zwar ihre Verlehrungen dagegen getroffen, aber es ist doch notwendig, überall darauf hinzuweisen, daß sich kein Arbeiter nach Bremerhaven anwerben läßt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde jeder auswärtige Arbeiter, der beim Norddeutschen Lloyd Beschäftigung annimmt, die brutalen, arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Lloyd unterstützen und dazu mitwirken, daß das Koalitionsrecht der Bremerhavener Hafnarbeiter völlig vernichtet wird.

Bezeichnend ist, daß die Werbe-Agenten des Lloyd nur Arbeiter annehmen, die über 25 Jahre alt sind. Die Ansicht unfrer Bremer Parteigenossen, daß die herangezogenen Arbeitswilligen auch als Stimmwicht bei den Reichstagswahlen dienen sollen, um das hart bedrohte Mandat des Herrn Frese zu retten, erscheint hiernach sehr wahrscheinlich. Es ist aus diesen Gründen doppelte Pflicht unfrer Parteigenossen, jeden Zug von Arbeitern nach Bremerhaven fernzuhalten, damit die sein ausgefüllten Pläne der großen Schiffsahrts-Gesellschaft durchkreuzt werden.

**Die Ziegeleibitzer von Neuenhagen-Brasch-Schiffmühle und Umgegend** stellten am Sonnabend den 4. April ihre Arbeiter vor die Alternative: Entweder Austritt aus dem Verband, oder es erfolgt die Entlassung! Die gesamten Arbeiter wiesen mit Entrüstung das unerhörte Verlangen zurück, worauf am Montag den 6. April die allgemeine Ausperrung perfekt wurde. Mit welcher Hoffart die Unternehmer bei dem Vernichtungskampf zu Werke gehen, übertrifft alles was bisher in ähnlichen Fällen geleistet worden ist. Die Arbeiter wurden einzeln aus Comptoir gerufen, in väterlicher Tone ermahnt und am Ende mit der Hungerpeitsche gedroht. Wer gute Miene zum bösen Spiel machte, dem wurde ein gedrucktes Formular, wodurch der Austritt aus der Organisation bestätigt wird, zur Unterchrift vorgelegt und ihm sein Mitgliedsbuch abgenommen. Die Wirkung dieser Zumutung blieb nicht aus, denn am Sonnabend den 11. April sind wiederum eine Anzahl älterer Leute entlassen worden, die sich ebenfalls entschieden weigerten, auf ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht Verzicht zu leisten. Doch damit nicht genug. Jede Versammlung wird widerrechtlich zur Auflösung gebracht, oder es wird von vornherein die Bescheinigung nicht erteilt. Selbstverständlich ist gegen diese vorwärtliche Willkür der Beschwerdebeweg beschritten. — Die gesamten Ziegeleien haben ganz oder auch teilweise ihren Betrieb eingestellt.

Vor Zugang von Ziegelei-Arbeitern wird daher gewarnt.

**Der Streik der Zimmerer in Osnaabrück**, von dem wir gestern schon Mitteilung machten, ist fast allgemein. Von den in Frage kommenden 106 Zimmerern, die in 17 Betrieben beschäftigt sind, hatten sich bis Dienstagmorgen 80 als Streikende eingetragen lassen. Es handelt sich um die Einführung eines neuen Lohnstarifes, den die Unternehmer nicht anerkennen wollen.

**Weißgerber.** In Triptis (Thüringen) sind die Weißgerber bei der Firma Delsner ausständig. Dieselben fordern die Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 34 Pf., Ueberstunden 40 Pf., für Accordarbeiten 8 bis 9 Prozent Zuschlag. — Zugang ist streng fernzuhalten.

**Die Bauarbeiter in Linburg**, die der christlichen Gewerkschaft angehören, streiten zum Leidwesen der dortigen Centrumsleute, die nicht wagen, für die berechtigten Forderungen der Arbeiter einzutreten. Am Streik sind 142 Maurer, 11 Zimmerer und 11 Bauarbeiter beteiligt.

**Die Arbeiterschaft Flauen i. Bogtl.** erwirbt das Etablissement Schildergarten zum Preise von 190 000 M.

### Ausland.

**Die Schriftsetzer in Rom** haben nach einer „Gerold“-Bildung vom 15. d. M. mit 1400 gegen 300 Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen. — Hiernach müssen also die Einigungsversuche, von denen die Schriftsetzer die Befestigung des Ausstandes erwarteten und deshalb die Beendigung des Generalstreiks empfahlen, keine annehmbaren Bedingungen für die streikenden Schriftsetzer ergeben haben.















Wohnte. Der junge Mann war seit fünf Jahren hier bei der Post, früher auf dem Hauptamt in der Spandauerstraße und zuletzt als Telegraphist auf dem Bahnhof Böse. Am Sonnabend bekam er Urlaub und fuhr nach Lingen, wo sein Vater, der seit einem Jahre Witwer ist, bei seinem Bruder wohnt. Während er ursprünglich dort bis Donnerstag bleiben wollte, kehrte er unerwartet schon vorgestern nach Berlin zurück. Statt jedoch in der Nähe seiner Wohnung auszusteigen, fuhr er nach dem Schlessischen Bahnhof durch die Halle in seinem Abteil dritter Klasse eine Reibolkerkugel in das rechte Ohr. Der Bahnarzt, der sogleich gerufen wurde, konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und bis zur Abholung nach dem Schauhaus auf der Bahnhofsstraße geborgen. Kerthoff war ein ordentlicher und nützlicher Mensch. Im Dienst hat er sich nichts zu Schulden kommen lassen. Die Veranlassung zu dem Selbstmord ist wohl in irgend welchen hier noch nicht bekannten Vorgängen in der Heimat zu suchen, die ihn auch zu der vorzeitigen Abreise betrogen haben mögen.

Verloren wurde am Montag, den zweiten Feiertag, in der Kronen-Bräuerie No. 4 bis bei der Matinee eine goldene Halskette. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe bei C. Fischer, Wallstr. 8, abzugeben.

Feuerbericht. Mittwoch früh 6 1/2 Uhr wurde die Wehr nach dem Deutschen Hofe in der Ludowicstr. 13 gerufen, weil hier in dem Festsaal ein unbedeutendes Feuer ausgebrochen war. Gegen Mittag war in der Essenerstr. 72 auf dem Boden ein Brand entstanden, der in der Hauptsache alten Handart einschloß. Gardinen und Kleidungsstücke gingen vorher in der Drankenburgstr. 54 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Jägerstraße 60 Möbel durch Feuer beschädigt wurden. In der Justusstraße 2 zu Reinickendorf hatte die Wehr längere Zeit mit der Ablösung eines Dachstuhlbrandes zu thun. Gerümpel und Verpackungsmaterial war nachmittags in der Friedrichselderstraße 32 in einem Keller in Brand geraten, er aber noch im Einstüchen unterdrückt werden konnte. Auch in der Alten Jakobstraße 91 und in der Schulstraße 67 mußten in der Zwischenzeit Kellerbrände abgelöscht werden. Ein großer Wohnungsbrand beschädigte die Wehr Dienstagabend in der Spandauerstr. 25 zu Rankow. Obgleich mehrere Rohre tüchtig Wasser gaben, brannte die Wohnung doch ganz aus. Außerdem stießen in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Pflanzstraße 20, Kaiser-Wilhelmstraße und noch von einigen anderen Stellen ein, die indes ganz unbedeutende Brände betrafen.

Aus den Nachbarorten.

Neu-Weißensee. Zu der Notiz, betreffend den angeblichen Selbstmord des Inhabers der höheren Knabenschule Herrn Liedtke teilen wir dessen Angehörige mit, daß, wie von dem behandelnden Arzte selbst konstatiert worden sei, Herr Liedtke infolge eines Schlaganfalles verschied. Er habe noch den ganzen ersten Feiertag gelebt und sich seit 9 Uhr vormittags in der Behandlung des betreffenden Arztes befunden.

Spandau. Die Bahnhofsfrage und der von interessierter Seite planmäßig geführte Bewilligungsstreik unserer städtischen Körperschaften beginnt nun auch die Arbeiterchaft in Harnisch zu bringen. Es kam natürlich der Arbeiterchaft nicht gleichgültig sein, wie mit den Steuergroßen gewirtschaftet wird, und ob ihr weitere Opfer, erhöhte Steuerlasten u. a. auferlegt werden zu einem Zweck, der schließlich doch hauptsächlich zum Vorteil der Grundstückspekulation gereichen wird. Vorigen (Freitag) abend 8 Uhr findet darum im Kummelischen Saale, Schönewaldstraße 90, eine Volksversammlung statt, in welcher Dr. R. Liebknecht referiert. Parteigenossen! Im öffentlichen Interesse liegt ein wirklich imponanter Besuch der Versammlung!

Gerichts-Zeitung.

Die schweren Veruntreuungen zum Nachteil der „Bank für Handel und Industrie“, welche bei ihrem Bekanntwerden bedeutendes Aufsehen erregten, kamen gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. Aus der Untersuchungshaft wurde der Bankbeamte Ernst Gollnow vorgeführt, dessen umfassendes Verständnis darin gipfelte, daß er der vorgenannten Bank einen Betrag von insgesamt 34 500 M. unterschlagen habe. Der jetzt 38 Jahre alte Angeklagte trat mit dem 18. Lebensjahre als Lehrling bei der Bank für Handel und Industrie ein. Er wurde dann mit einem Gehalt von 1500 M. bei derselben Bank angestellt und im Jahre 1893 wurde ihm die Leitung des Nonverteilungsbureaus übertragen. Wie der Angeklagte behauptet, war dies ein sehr verantwortungsvoller Posten, bei welchem ihm täglich große Summen durch die Finger liefen. Er bezog ein Gehalt, welches sich Ende vorigen Jahres nach und nach bis auf insgesamt 3400 Mark gesteigert hatte. Im Jahre 1898 war ihm das Unglück begegnet, daß sich in seiner Kasse ein Fehlbetrag von 3800 Mark aufwies, dessen Ursache sich nicht hat aufklären lassen. Daß der Angeklagte diesen Posten unterschlagen hat, wurde auch seitens seiner Vorgesetzten nicht angenommen. Es traf ihn aber die Verantwortung und um nicht Gefahr zu laufen, seine Stellung zu verlieren, erklärte er sich dazu bereit, den Betrag zu deden. Die Folge dieser Erklärung sei gewesen, daß er auf die schiefe Ebene gedrängt worden sei. Um den Fehlbetrag deden zu können, habe er von den ihm anvertrauten Coupons einen Teil an sich genommen und zwar, da er außerdem selbst in Geldverlegenheit war, 1000 M. mehr, als er zu der erwähnten Dedung gebraucht. Die erste Unterschlagung habe bald die zweite nach sich gezogen, da der frühere Posten nach einigen Monaten erledigt werden mußte und so sei es fünf Jahre hindurch gegangen, bis endlich im Dezember vorigen Jahres die Entdeckung erfolgen mußte. Er habe den Kopf verloren und sich nach Frankfurt a. D. begeben, wo er sich eine Zeitlang bei einer Verwandten verborgen gehalten habe. Am 1. Januar sei seine Verhaftung erfolgt. Der Angeklagte behauptete, daß er von den unterschlagenen 34 500 M. etwa 28 000 M. für sich verbraucht habe, der Rest sei durch Zinsen draufgegangen. Er habe keineswegs flüchtig gelebt. Zwar sei er nicht verheiratet, aber er habe vor sechs Jahren mit einem Mädchen ein Verhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen geblieben sei. Er habe es für seine Pflicht gehalten, für Mutter und Kind zu sorgen und da beide andauernd kränzlich waren, habe er schwere Opfer bringen müssen.

Da die Angaben des Angeklagten dem bisher ermittelten Tatbestande entzogen, so wurde nur der Nachrevisor Reuter als Sachverständiger vernommen, welcher begutachtete, daß der Fehlbetrag sich aus den Büchern nur annähernd auf 34 500 M. feststellen lasse.

Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß der ungetreue Bankbeamte leider in letzterer Zeit eine häufig vorkommende Erscheinung in den Gerichtssälen sei. Die Verletzungen des Angeklagten seien so schwere, daß sein Geständnis kaum als Widerungsgrund in Betracht kommen könne, er beantrage gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und dreijährigen Ehrenverlust. Der Verteidiger Rechtsanwalt Leonh. Friedemann hat unter Verhinderung aller Widerungsgründe um ein niedrigeres Strafmaß. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und dreijährigen Ehrenverlust.

Kammergericht. Gegen das Nahrungsmittel-Gesetz sollte sich der Wäckermeister Krüger in Schöneberg bei Berlin verhalten haben, indem er Wadware feilgehalten habe, die geeignet gewesen sei, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte auch Krüger mit folgender Begründung: Es sei festgestellt, daß sich durch den Angeklagten Wadware das Aroset-Abzugrohr am Sadtisch hinzuge. Die Luft sei fürchtbar muffig gewesen und das Rohr schickte zeitweilig so, daß eine schmutzige Flüssigkeit abtropfte. Auch habe sich das Publikum über Schmutz in der Wadware beschwert. Die in dem Raum hergestellte Ware habe Angeklagter verkauft, bis

der Betrieb dort polizeilich inhibiert worden sei. Nun mache Angeklagter allerdings geltend, er habe dem Zustande abhelfen wollen, die Hauswirthin hätte sich aber nicht hreschen lassen und die Polizei habe er gegen die Wirthin unisonst angerufen, auch habe er das Rohr mit Pappen umwickelt. Alles das ändere aber nichts an der Thatfache, daß er unter jenen schlimmen Verhältnissen Wadware hergestellt und diese feilgehalten habe, und daß die Möglichkeit einer Gesundheitschädigung gegeben war. Auf jeden Fall habe er fahrlässig gehandelt. Er hätte eventuell selber geeignete Maßnahmen treffen müssen, s. V. hätte er selber, wenn sich die Wirthin sträubte, eine Breiterverhailung anbringen lassen können. — Das Kammergericht verwarf die gegen dieses Urteil eingelegte Revision des Angeklagten als unbegründet. Sie scheitere an den tatsächlichen Feststellungen des Vorderrichters. Der Begriff der Fahrlässigkeit sei nicht verkannt.

Verfammlungen.

Die Schuhmacher hielten am Dienstagvormittag eine stark besuchte Versammlung im „Grand Hotel“ am Alexanderplatz ab. Betreffs der Maifeier wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung beschließt, die diesjährige Maifeier wieder wie alljährlich durch Arbeitsruhe zu begehen, und zwar hat die Arbeit in allen Fabriken und Werkstätten zu ruhen, wo sich zwei Drittel der beschäftigten Kollegen dafür erklären. Dem Arbeitgeber ist eine Woche vor dem 1. Mai von einem diesbezüglichen Werkstattbeschlusse Kenntnis zu geben. Organisierte Kollegen, welche in Werksstätten arbeiten, die sich nicht im allgemeinen der Maifeier anschließen, sind zum Ruhenlassen der Arbeit nicht verpflichtet. Sollten in letzteren Fällen Organisierte trotzdem die Arbeit ruhen lassen und deshalb entlassen werden, so sind dieselben als Gemahregelte zu betrachten und dementsprechend zu unterstützen.“ Mehrere Redner gaben dem Wunsch Ausdruck, die Polizei möge sich bei der diesjährigen Maifeier nicht wieder so unnötigerweise bemähen und — blamieren wie im Vorjahre, wo sie mit ihrem probozierenden Vorgehen gegen die Feiern an den Gerichtstische das denkbar lägliche Piaslo erlitt. — Der Bericht und ein weiterer Beschluß über die Lohnbewegung der Schuh-Schuhmacher wurde bis auf nächsten Montag vertagt, weil abdann eine Versammlung in der Lohnhöhe hierzu Stellung nehmen soll. Dagegen gab Ulrich einen Bericht über die Lage der ausgesperrten Schuhmacher in Birmasen. Unter mehrfachen Sympathieausdrücken für die Ausgesperrten gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Birmasener Kollegen ihren Arbeitgebern gegenüber einverstanden und sichert den Ausgesperrten volle moralische und finanzielle Unterstützung an.“ Die Höhe der für die Ausgesperrten aufzubringenden Unterstützungsbeträge wird in einer Vertrauensmänner-Sitzung festgelegt.

Die Schlächtergesellen Berlins beschäftigten sich in einer am Freitag abgehaltenen Versammlung wiederum mit diversen Mängelständen im Gewerbe und der Verbesserung ihrer Lage. Bezüglich der Arbeitsvermittlung der Innung und der Aussperrung von Gesellen wegen Verkaufs von Arbeitsarten wurde Protest erhoben gegen den Innungsbeschlusse, wonach diese Gesellen sechs Wochen von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen werden sollen. Die Versammlung empfahl vielmehr, es mit Verweisen genug sein zu lassen. Mit der Durchführung dieses Beschlusses soll der Weselenauslaß beauftragt werden. Im weiteren wurde über Erhebungen von Mängelständen im Gewerbe diskutiert und dabei besonders hervorgehoben, daß am Karfreitag sogar in einzelnen Betrieben bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet worden ist.

Miesener. Am 8. April fand bei Patt eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Dieselbe beschloß, den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe zu feiern, Handzettel anfertigen und verteilen zu lassen und zum 1. Mai cr. vormittags präcise 10 Uhr im obigen Lokal eine öffentliche Versammlung abzuhalten. — Hierauf wurde die Versammlung mit dem Protokoll der Einigungsverhandlungen zwischen Kartell und Gewerkschaftskommission, die vom Kartellvorstand angebahnt war, bekannt gemacht. — Aus demselben ging hervor, daß ein endgültiger Beschluß noch aussteht, daß aber mit Majorität ein Antrag angenommen wurde, daß das letzte entscheidende Wort in der Einigungsverhandlung der nächste Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu sprechen habe. — Aus der daran geknüpften Diskussion ergab sich, daß die Versammlung sich mit den gepflogenen Verhandlungen nicht in Einfall befand und gelangte man zu der Annahme, den Bevollmächtigten zu der nächsten Sitzung zu beauftragen: Die Interessen der Miesener sowohl in Berlin als über ganz Deutschland im obigen Sinne zu vertreten.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie hielt am 8. April ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst gab der stellvertretende Vorsitzende den Halbjahresbericht. Daraus ist zu entnehmen: Die Mitgliederzahl beträgt 98. Zu dem Ausbildungskursus hatten sich 43 Mitglieder neu einschreiben lassen. Die diensttunende Abteilung zählt 28 Mitglieder. Von denselben wurden 13 Disziplinarurtheile bei Verlegungen und Unpünktlichkeiten ausgesprochen. Daraus gab der Kassierer den Kassenbericht. Einnahme: Mitgliederbeiträge und Zuwendungen von Vereinen und Gewerkschaften 537,40 M. Ausgabe: 315,79 M. Kassenbestand 606,36 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Aus der hierauf stattgefundenen Neuwahl gingen hervor: Stein, erster, Wegener, zweiter Vorsitzender; Hellmuth, erster, Burlew, zweiter Kassierer; Weis, erster, Sitte zweiter Schriftführer; Frau Heidprien, Bibliothekarin. Revisoren sind Dietrich und Westphal. Nachdem noch bekannt gemacht worden, daß der neue Kursus in der Dresdenerstr. 45 (Centrale) am 27. April, und in der Brunnenstraße 134 (Filiale) am 4. Mai beginnt, wurde die Versammlung geschlossen.

Nixdorf. Der Sozialdemokratische Wahlverein hielt am 8. d. Mts. seine Generalversammlung ab. Zunächst beschäftigte sich die Versammlung wiederum mit der Wahl eines Parteipredikers. Die Versammlung schloß sich einem Vorschlage Zubeis an und wies diese Angelegenheit an die Kommission zurück, welche die Wahl in Gemeinschaft mit dem Vorstande und den Bezirksführern beraten und in der nächsten Mitgliederversammlung Bericht erstatten wird. Hierauf erstattete Voelke den Bericht des Vorstandes. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des letzten Quartals 2198. Den Kassenbericht gab Stiller. Die Einnahme betrug inf. 308,00 M. für März 2703,44 M., die Ausgabe am Ort betrug 311,35 M., an den Centralvorstand abgeliefert 1917,63 M., so daß ein Bestand von 474,46 M. am Orte verbleibt. Von diesem Bestand bewilligte die Versammlung 200 M. für den Wahlfonds. Die Parteipredikation, für welche Ostermann berichtete, hatte im Januar 138,81 M., im Februar 235,73 M. Ueberschuß zu verzeichnen; für März konnte die Abrechnung infolge des Aprilumzuges noch nicht gegeben werden. Die Abonnentenzahl beträgt gegenwärtig 3260. Als Delegierte zur nächsten Kreisversammlung wurden Voelke, Conrad und Hüper gewählt. Neu aufgenommen wurden 141 Mitglieder, dadurch ist die Mitgliederzahl auf 2339 gestiegen.

Der Wahlverein in Brix hielt am 9. d. M. eine Generalversammlung in, in welcher der Vorstand über seine Thätigkeit und der Gemeindevorordnete Beniger über örtliche Verhältnisse berichteten. Ferner wurde der Kassenbericht erstattet, der eine Einnahme von 94,50 M. und eine Ausgabe von 43,07 M. aufwies. Sechs neue Mitglieder wurden aufgenommen. Hierauf hielt Dresslauer einen Vortrag über Konjunktionsoffensiven.

Nowawes-Neuendorf. Am 8. April fand die Generalversammlung des Wahlvereins statt, in der die Agitation für die Reichstagswahl besprochen wurde. Abdann gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahme betrug 108,00 M., dem steht eine Ausgabe von 45,48 M. gegenüber, 70,86 M. sind an die Centralkasse abgeliefert, bleibt ein Deficit von 10,14 M. Die Maifeier findet in derselben Weise wie alle Jahre statt.

Winterliche Ebern. Mit welcher Behemung der Winter noch einmal zurückgekehrt ist, beweisen folgende Nachrichten aus Süd- und Mitteldeutschland. So lesen wir in der „Münchener Post“: Die trostlos es während der Osterfeiertage 1903 mit der Witterung in Bayerns Hauptstadt bestellt war, geht mit genügender Deutlichkeit aus folgender interessanter Bekanntgabe der Polizeidirektion hervor. Sie lautet:

Schneeräumung. Am Dienstag, den 14. I. M. morgens 6 Uhr beginnt die Frist für die Abfuhr des etwa noch vorhandenen Schnees von den Straßen und Plätzen nach dem Jönensystem.

Und wie sich in München jedermann überzeugen konnte, harrten heute früh noch zahlreiche Schneehaufen der Abfuhr, ob-

schon während der Feiertage viele Schneearbeit verrichtet wurde. Sehr schlimm, schreibt die „Frankf. Volksstimme“, scheint der Nachwinter auch im Taunus, Odenwald, Vogelsgebirg und Hohe Rhön gemüht zu haben. Von überall her kommen Meldungen von starken Schneestürmen. Aus Schlüchtern wird der „Frankf. Jg.“ gemeldet, daß Hohe Rhön und Vogelsgebirg von einer dichten Schneedecke überzogen seien. Mehrliche Nachrichten kommen aus Thüringen, dem Harz und aus Süddeutschland. In Wien war der Schneefall ein so starker, daß der Straßenbahnbetrieb Störungen erlitt.

Von einem eigenartigen Naturereignis wird dem „Jnt.-Bl.“ von Feldberg (Taunus) gemeldet. Am Donnerstagnachmittag fand auf dem großen Feldberg eine große, gewaltige Entladung der mit Elektrizität übermäßig gesättigten Atmosphäre statt. Nach dem Bericht des Turmwärters befand sich derselbe am Donnerstagnachmittag 5 Uhr nach heftigem Schneefall auf der oberen Plattform des Feldberg-Turmes und schaukelte den Schnee hinab (derselbe liegt gegenwärtig 10—15 Centimeter hoch auf dem Gipfel des Berges), als er sah, wie ihm drei Herren winkten, herabzukommen. Er glaubte, sie wollten in den Turm; als sie jedoch nicht gleich kamen, setzte er sich in sein Zimmer. Als bald erfolgte ein mächtiger Schlag; das ganze Zimmer stand in Feuer, der Turm zitterte und erbebt Sekundenlang und Müller sah eine große Feuerkugel vom Turm in die Erde springen, dieselbe aufwühlend. Der Kofelraum, neben dem Zimmer gelegen, war voll schwefeligen Qualm, ebenso ein im ersten Stock unter der Treppe befindlicher Aufwahrungsräum. Hier war der Wind unten in die Erde hineingefahren, ein faustgroßes Loch durchschlagend; der im Wogen gestreute Mörtel zeigte den Weg des Strahles. Nach dieser elektrischen Entladung setzte ein kolossaler Schneesturm ein. Zugleich wurden in den beiden Gasthäusern der Herren Ungehör, sowie in Ober- und Nieder-Neifenberg sämtliche Telephonleitungen zerstört, bis auf die des Herrn Zauer, welcher ausgeschaltet hatte. Am Turm ist zum Glück kein Schaden entstanden; so verlief dies seltene und gefährliche Naturereignis für alle Teile noch ziemlich harmlos.

Drei Knaben in einem Boot in See getrieben. Ein eigenartiger Unfall, wie er vor Jahren schon einmal vorgekommen ist, hat sich am Nachmittag des Ostermontags in Warnemünde ereignet. Drei Knaben im Alter von 9 bis 11 Jahren vergnügten sich, so wieb uns geschrieben, mit Bootfahren. Sie hielten sich anfänglich noch dicht vor den Molenslöpfen, doch der stark auslaufende Strom und der heftige Südwestwind trieb das Boot allmählich weiter hinaus. Zwar machten die Jünglinge verzweifelte Anstrengungen, das Land zu erreichen, doch für die schwachen Arme der Knaben war das Boot zu schwer und die Welle zu stark — der Wind trieb das Boot immer weiter auf See hinaus. Die drei Knaben trieben während der Nacht in dem offenen Boot auf See in Wind und Wellen umher. Erst am Dienstagmorgen wurde der Vorfall beim Vossnamt gemeldet. Sofort ging das große Vossboot in nordöstlicher Richtung in See. Es sichtete auch schon nach 1 1/2 Stunden das vertriebene Boot auf der Höhe des belannten Düstebades Kürtig. Die drei Jungen hatten in der Nacht mehrfach Schneehauer in ihrem offenen Boote über sich ergehen lassen müssen, aber die Kälte doch gut überstanden; den einen hatten allerdings Angst und Kälte dermaßen erschöpft, daß er schon ganz schwach geworden war. Aber im allgemeinen hatten sich diese Jungen, die von Jugend auf wohl von den Gefahren der See gehört hatten, bei ihrer Seereise wider Willen zweckmäßig und feineswegs verzweifelt benommen.

Der Polizeispian im Souffleurkasten! Wie die Polizei auch in der Schweiz eifrig arbeitet, mag man aus nachstehender Episode, welche neben einem ersten auch einen heiteren Charakter hatte, erkennen. Die wohlverdiente Pflüchtigung für seine bodenlose Frechheit wurde am Donnerstagnachmittag einem verkleideten Polizisten zu teil. Um den fortwährenden Bespitzelungen durch die Polizei einen Kiegel vorzujuden, beschloffen die streifenden Maurer in Basel, nur denjenigen Zutritt zum Streiflokal zu gewähren, die sich vermittelst Streifkarte legitimieren konnten. Durch die verärrerliche Handlungsweise des Saalportiers war es nun einem verkleideten Polizisten gelungen, durch eine Hinterthür, welche unter den Bühnenraum des Saales führte, einzudringen und sich dort zu verbergen. Die Streifenden hatten aber doch rechtzeitig Wind bekommen, und wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht im Saale. Nun begann ein eifriges Suchen in allen Winkel des Saales. Endlich entdeckte man das Opfer seines Dienstfeindes im — Souffleurkasten!! Tableau! Die Art und Weise, wie der Gefundene an die frische Luft gesetzt wurde, war nicht gerade sanft zu nennen. Warum muß aber auch die Polizei so neugierig sein, und noch dazu ohne behördlichen Auftrag!

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsnachweise (Herausgeber Dr. A. Nitrom, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 14 des 6. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Saugloß und Arbeitsmarkt. — Graphische Darstellung des Bevölkerungsstandes in Königsberg. — Gewerkschaftliche Marktthätigkeit: Beobachtung der Arbeitszeit-Verlängerung in Stuttgart. — Veröffentlichung der Arbeitsmarkt-Berichte im Gärtner-Nachweis Berlin. — Bericht des Düsseldorf-Arbeitssekretariats für März. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bannau (Belegschaftsbewegung im Jahre 1902); Maschinenbau (Kaiser-Belegschaftsgrad); Textilgewerbe (Gefahr einer Lieberzeugung); Leder (Geschäftsgang an Hauptplätzen des Ledergewerbes. Familiäre Verhältnisse in Fabriken und Werkstätten); Händliche Dienste (Dienstbotenmangel und Lohnhöhe in Steiermark. Vorentwurf einer Gesinde-Ordnung in Norwegen. — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Kranenlassen. — Streikverhältnisse für Deutschland, Dretsch-Langau, Schweiz. — Arbeitslosen-Fürsorge: Arbeitslosen-Fürsorge und Beschäftigungsstationen. Von Stadtrat Dr. Ulrich. — Lehrlingswesen. Fortbildung: Zwischenstufe zwischen Schule und Lehrzeit. — Ueberangebot von Lehrlingen im Berliner Bau-gewerbe. — Abmahnung vom Handelsgewerkschaften-Verein. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweis-Veränden: a) Amalische Befamlnunghungen. Verband deutscher Arbeitsnachweise. Zusammenlegung des Verbands aus-schlusse. — b) Sonstige Mitteilungen: Ministerialerlasse betr. Arbeits-nachweis-Verände und Arbeitsnachweis-Bauhilf. — Verband deutscher Arbeitsnachweise. Verbandsratsbericht. — Rhein-Rain-Verband. Jahres-bericht. — Zeilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeits-nachweise nebst zahlreichem Angaben über März 1903.

Briefkasten der Redaktion.

Neudamm. 1. Umfang einer Figur. 2. Gerade Linie, deren man sich in der Größenlehre bedient. — 7. 3. 10. Und unbekannt. — Zwei Streifen. 1. Es muß „tröpfchen“ heißen. 2. Räuber. — 3. 2. 1877. 1. Derartige Exaltationen beantworten wir nicht. 2. Fragen Sie lieber die betreffenden „Beiräte“ danach. — 4. 6. 100. Ist auf 90 Jahre gedachtet, d. h. geruht. — 5. Deimann. — 1. 2. und 3a. Stalt 30 M. 100 M. Dazu gebraucht man auch ein Rechenbuch. 3 und 3a. Fragen Sie an bei dem Turnverein „Höhe“, Adress: 67, Dienstags und Freitags abends 8—10 Uhr. 4. Privatigentum. 5. Kommen Sie deswegen in untre juristische Sprechstunde. — 6. Duntler. Natürlich hat Sie der brave Unachtig ausgiebig beschwindelet; Becker Jola noch Kollist noch Karl Marx sind niemals Anarchisten gewesen; der letztere ist vielmehr eine Leuchte und der Jenz des internationalen Sozialismus. Auf die übrigen von Ihnen erwähnten Antikye kommt es ja zum Glück gar nicht an.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 16. April 1903. Kahl und veränderlich, vielfach wollig, mit Niederschlägen und stichigen westlichen Winden.